Einzelpreis 1.50 Mk.

Die „Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt", „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat Juni 42.— M., im voraus zahlbar. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 76.— M., für das übrige Ausland 94.— M.

Donnerstag, den 22. Juni 1922

5. Jahrg. Nummer 252

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 18.— M., einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 12.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Reaktionäre Umtriebe in Sachsen

Nach zuverlässigen Nachrichten bestehen auch in Sachsen weitverzweigte reaktionäre **Geheimorganisationen zum Sturze der gegenwärtigen republikanischen Staatsordnung und für die Wiedererrichtung der Monarchie**, die im regsten Konnex stehen mit der konterrevolutionären

Verschwörerzentrale in München.

Der Plan der Verschwörer geht dahin, von Bayern aus Sachsen, Schlesien und die Ostseeprovinzen zu gemeinsamem Vorgehen zusammenzufassen. Aus taktischen Gründen müssen wir die uns darüber gemachten Einzelangaben über die Namen der in Betracht kommenden Organisationen, ihrer Leiter und ihre Mitgliederzahl zunächst übergehen.

Von Bayern aus soll **in allernächster Zeit losgeschlagen werden, um die Monarchie wieder aufzurichten.** In Bayern ist die Zahl der Verschwörer so groß, daß man sofort einen starken Teil derselben nach Sachsen werfen will, um mit den dort organisierten Mitverschwörern **die sozialistische sächsische Regierung zu stürzen** und Sachsen zunächst mit Bayern zusammenzuketten. Chauvinistische **französische Kreise**, die auf eine Zerstückelung Deutschlands spekulieren, sind in den Plan **eingeweiht**. Von Schlesien aus soll gleichfalls gegen Sachsen vorgegangen werden. Da mit der Proklamierung des **Generalstreiks** in Sachsen gerechnet wird, soll **Sachsen sofort von jeder Lebensmittelzufuhr abgeschnitten** werden. **In Bayern und im Riesengebirge** sind **Gewehre und Munition**, ja auch **Artilleriewaffen** in großer Zahl versteckt.

Die Hauptleitung für das Losschlagen in Sachsen ist nach Graz in Böhmen verlegt, wo ebenfalls größere Waffenlager sind. Es sind besondere **Alarm- und Erkennungszeichen**, auch für die Nacht, vereinbart. **Ausweise** eingeführt und **Kurierverbindungen** hergestellt. In Sachsen befinden sich die **Hauptsitze** der reaktionären Organisationen in **Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau.** Dort herrscht gegenwärtig eine starke Erregung, weil man befürchtet, die Bayern könnten zu früh losschlagen und dadurch das ganze Unternehmen gefährden.

Für den Putschplan stehen **außerordentlich hohe Geldsummen** zur Verfügung. In **Nürnberg ist dafür ein Millionendepot** angelegt. Besondere **Ausschüsse** betreiben die Bearbeitung der bürgerlichen Parteien in Bayern. Durch diese Ausschüsse soll vorgearbeitet werden für die **Aemterbesetzung** nach gelungenem Putsch. Gleichzeitig werden

Anbiederungsversuche an die Arbeiterschaft

großer Betriebe gemacht. Der Mitwirkung der Reichswehr hat man sich ebenfalls versichert.

Es handelt sich in dem uns im einzelnen bekannten, hier in großen Umrissen wiedergegebenen Putschplan um **ein sehr ernst zu nehmendes Unternehmen**, über das **Ludendorff** nähere Angaben zu machen in der Lage ist. Wir weisen die **verantwortlichen Regierungsstellen** mit allem Nachdruck auf diese Nachrichten hin und

rufen vor allem das Proletariat auf, wach zu sein und sich zu geschlossener Abwehr bereitzuhalten!

Gegen Reaktion und Teuerung

Eigenbericht der „Freiheit".

Leipzig, 21. Juni.

Die sozialistischen Parteien sowie der ADGB. in Sachsen haben einen gemeinsamen Aufruf gegen Reaktion und Teuerung erlassen. Am Freitag soll überall demonstriert werden. Der Gewerkschaftskongreß hat die Teilnahme an diesen Demonstrationen beschlossen. Als Redner wirken u. a. die Genossen Robert Dißmann und Joseph Simon mit. Höchstwahrscheinlich wird auch der Sekretär der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Ed. Fimmen zu den Massen reden.

Putschvorbereitungen in Westfalen

Eigenbericht der „Freiheit".

Paderborn, 21. Juni.

Vom 4. bis 10. Juni hatten die Knappschaften, das sind die Stahlhelm-Organisationen jungdeutscher Orden, auf dem Truppenübungsplatze Sennelager bei Paderborn Zusammenkünfte. An den Pfingsttagen wurden große militärische Uebungen in der Senne abgehalten. Die Stahlhelmer übernachteten dort, 500 Mann wurden bei dem Bauer Küllmeier in der Nähe des Senne-Lagers in einer Scheune untergebracht. Er soll 3,50 M. pro Person und Nacht dafür bekommen. Zwei Söhne des Kronprinzen nahmen Parade ab. Am Sonnabend, den 10. d. M., 4 Uhr 6 Minuten sind etwa 30 Stahlhelmleute vom Bahnhof Paderborn nach Altenbeken-Kassel abgefahren. Sie hatten keine Fahrkarten, sondern einen Transportschein mit Fahrpreisermäßigung für die 4. Klasse. In der 4. Klasse fanden sie in einem Abteil nicht Platz. Darauf wies ihnen der Oberbahnhofsvorsteher von Candie einen Wagen 3. Klasse zu. Sie waren alle in Militäruniform und Mütze, Tornister, Koppel, Spaten, nur keine Waffen. Sie hatten fast alle Orden, Eiserne Kreuze, Verwundeten-Abzeichen, Baltikum-Kreuz usw. Wie kommen die Leute zu einem Transportschein?

Die Stadtverwaltung hatte bei einem Feste der Artillerievereine in Paderborn am 11. Juni 1922 auf dem Rathause schwarz-weiß-rot geflaggt, obschon eine Flagge in schwarz-rot-gelb vorhanden ist. Der Bürgermeister Gerbaulet hielt auf dem Artilleriefeste die Festrede vor dem Kriegerdenkmal. Er würzte sie mit Angriffen auf die Republik und schloß: Hoch lebe die Revanche!

Fimmen über die deutsche Reaktion

Unser Vertreter auf dem Gewerkschaftskongreß in Leipzig hatte die Anwesenheit des Genossen Ed. Fimmen, der als Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wie nur wenige in der Lage ist, Stimmung und Meinung des ausländischen Proletariats zu kennen, wahrgenommen, einige Fragen an Fimmen zu stellen. Wir geben diese und die Antworten des Genossen Fimmen nachstehend wieder.

Erste Frage: Hegt die ausländische Arbeiterschaft Befürchtungen um den **Bestand der deutschen Republik?**

Erwiderung: In großen Kreisen des ausländischen Proletariats wird die **Entwicklung in Deutschland mit starken Befürchtungen verfolgt.** In der Hauptsache werden diese Befürchtungen genährt einmal durch die **fortgesetzten Klassenurteile.** Für die Arbeiterschaft im Auslande ist es einfach unbegreiflich, auch wenn man die Unabhängigkeit der Gerichte von der jeweiligen politischen Verfassung voll würdigt, daß in einer Republik wie Deutschland, die erst drei Jahre besteht, fortgesetzt Sprüche gefällt werden, die eine geradezu unglaubliche Milde gegenüber all jenen wider die Obrigkeit und die Vertreter der Republik begangenen Verbrechen bekunden, während andererseits mit **grausamer Rücksichtslosigkeit gegen alle jene anderen, insbesondere gegen die Arbeiter**, vorgegangen wird, die sich in staatsrechtlichem Sinne etwas haben zuschulden kommen lassen. Es ist für einen Ausländer stets schwer, sich in die Psyche eines anderen Volkes hineinzudenken,

daß die deutsche Arbeiterschaft aber derart unerhörte Zustände erträgt, ist dem Ausland jedoch ganz unfaßbar.

Wir können nur hoffen, daß Deutschlands Gewerkschaften ebenso einmütig und geschlossen jedem direkten Versuch zur Wiederherstellung der Monarchie entgegentreten werden, wie sie den Kapp-Putsch abgewehrt haben. **Daß dieses Hoffen hie und da mit Bangen vermischt ist, will ich nicht verhehlen.**

Zweite Frage: Ist nicht zu befürchten, daß ein reaktionärer Umsturz in Deutschland auch bedrohliche Rückwirkungen für die Arbeiterbewegung im Auslande haben kann?

Erwiderung: Diese Gefahren bestehen **in außerordentlich hohem Maße.** Ich selbst habe in meiner Ansprache an den Gewerkschaftskongreß eindringlich darauf hingewiesen. Ebenso hat **Jouhaux** als Vertreter der französischen Gewerkschaften in seiner Rede die Bedeutung hervorgehoben welche in der Kraft, Schlagfertigkeit und Macht der deutschen Gewerkschaftsbewegung für die gesamte Arbeiter-Internationale liegt. Gelänge es der wachsenden Reaktion in Deutschland, der deutschen Arbeiterschaft ihre Errungenschaften wieder zu entreißen, so wären direkte **Rückwirkungen und Rückschläge** auf Stellung und Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiterschaft **in allen anderen Ländern gar nicht zu verhindern.** Welche Bedeutung Deutschland und die Stellung der deutschen Arbeiterschaft für die gesamte Arbeiterschaft des Auslandes hat, hat ja gerade die deutsche Revolution bewiesen. Wenn nach dem Krieg in den meisten Ländern Europas die Arbeiterschaft besonders in sozialpolitischer Hinsicht vieles erreicht hat, was sie selbst erst nach jahrelangem Ringen zur Durchsetzung zu bringen gehofft hatte, so ist dies nicht auf die russische, sondern insbesondere auf die Revolution in Deutschland zurückzuführen. — Ein Rückschlag in Deutschland muß und wird einen Rückschlag in allen anderen Ländern bewirken. **Die internationale Arbeiterschaft hat demnach das dringende Interesse, nicht nur an der Aufrechterhaltung der Republik, sondern auch an dem starkmöglichen Einfluß der deutschen Arbeiterschaft in dieser Republik.** Es dürfte darum nicht zuletzt Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftsbundes sein, im Einvernehmen mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung oder besser noch mit der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt ernstlich zu erwägen und festzustellen, in welcher Weise **das internationale Proletariat die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Bestreben, die deutsche Republik zu schützen, wird unterstützen können.**

Trau — schau — wem!

Rechtsorientierung der Koalition

Zentrum und Demokraten, die Koalitionsgenossen der Rechtssozialisten, entpuppen sich immer **mehr als** Schrittmacher und Bundesbrüder der Rechtsparteien. Das zeigt sich wieder drastisch bei der Getreideumlage. Selbst der „Vorwärts" **klagte am** 18. Juni:

„Aber wie steht es bei den bürgerlichen **Koalitionsparteien** aus? Nach allem was man hört, sind sie in dieser brennend wichtigen Frage gespalten. Bei aller Abneigung, uns in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen, können wir doch nicht die Bemerkung unterdrücken, daß Parteien, die bei derartigen Entscheidungen von grundsätzlicher Tragweite auseinanderfielen, durch ein solches Mißgeschick weder ihre Bündnisfähigkeit noch ihre Werbekraft erhöhen würden."

Im Zentrum ist die Rechtsorientierung bereits so stark, daß es ohne die Stinnes-Partei nicht für die Getreideumlage stimmen will und die USP. als entscheidende Partei bei dieser Frage ausschalten möchte. Das Nachrichtenbüro „Dena" weiß nämlich aus der Zentrumsfraktion vom 20. Juni zu berichten:

Hier stehen die Dinge noch immer so, daß ein Teil der Fraktion nicht bereit ist, für die Getreideumlage einzutreten. Soweit das Zentrum in Frage kommt, handelt es sich **überhaupt nicht mehr um eine rein ziffernmäßige Mehrheitsfrage. Ein großer Teil der Zentrumsabgeordneten steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß es nicht möglich ist, daß die Regierungsparteien mit den Unabhängigen allein die Regierungsvorlage annehmen. Man müsse eine Unterstützung durch die Deutsche Volkspartei herbeiführen,** um auf die Bauern auch mit der nötigen Autorität einwirken zu können. Man hofft deshalb in parlamentarischen Kreisen, daß vor allen Dingen die städtischen Abgeordneten der DVP., wie z. B. die Abgeordneten Dr. Becker, Gildemeister, Kahl, Kempkes, Frau v. Oheimb, v. Raumer usw. sich bereit erklären werden, für die Vorlage zu stimmen.

Also: nicht auf eine parlamentarische Mehrheit kommt es den Zentrumsmachern an. Diese weisen sie sogar zurück, wenn sie „nur" durch die Unabhängigen zustande kommen kann. Sie wollen unter allen Umständen die Verbrüderung mit den Stinnesleuten. Kommt es dazu, dann darf man sicher sein, daß die Getreideumlage zu einem „Messer ohne Heft und Klinge" wird, denn anders werden die Stinnesleute ihr nicht zustimmen. Sache der rechtssozialistischen Arbeiter ist es, die Augen aufzuhalten, damit ihre Führer nicht letzten Endes wieder trotz aller starken Worte gegen den Brotwucher aus Angst vor dem Auffliegen der Koalition dem reaktionären Drängen ihrer Blockbrüder nachgeben. Sie dürfen sich auch nicht dadurch täuschen lassen, daß ihre Berliner Parteileitung einstimmig folgende Resolution beschlossen hat.

Der Bezirksvorstand von Groß-Berlin der SPD. erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie in der Frage der Getreideumlage unerschütterlich auf dem bisher eingenommenen Standpunkt beharrt und Konzessionen oder Kompromisse zurückweist. Die Brotversorgung der arbeitenden Bevölkerung muß für das kommende Erntejahr unter allen Umständen sichergestellt werden, und zwar zu erschwinglichen Preisen, wenn wir eine politische Katastrophe vermeiden wollen. Wird aber dem Ansturm der Brotwucherer auch nur im geringsten nachgegeben, so gehen wir Ereignissen entgegen, die für Reich und Volk verhängnisvoll werden müssen.

Falls die Mehrheit des Reichstages unsere Forderungen nicht anerkennt, erwarten wir den sofortigen Austritt unserer Genossen aus der Reichsregierung und unverzügliche Volksbefragung durch Neuwahlen.

Außerdem bitten wir die Reichstagsfraktion, auch dafür mit aller Energie einzutreten, daß die Fleisch-, Kartoffel- und Zuckerversorgung des arbeitenden Volkes für den kommenden Winter sichergestellt wird.

So energisch diese Resolution klingt, sie schützt nicht davor, daß die Franz Krüger und Genossen nicht im entscheidenden Moment, genau wie in Görlitz bei der Frage der Stinnes-Koalition, den Dreh finden, um „auch anders" zu können. Deshalb rufen wir den rechtssozialistischen Arbeitern zu: „Achtet auf Eure Führer! Duldet nicht, daß sie den Kampf des Proletariats gegen den Brotwucher sabotieren aus Rücksicht auf die Koalition mit kapitalistischen Parteien!"

Wenn die rechtssozialistischen Führer Verständnis hätten für die Zeichen der Zeit, dann müßten sie jetzt die Koalition auffliegen lassen und Neuwahlen provo-

zieren unter der Parole: „Für oder wider den Brotwucher". Dann wäre auch der Boden für einen einheitlichen Wahlkampf der drei sozialistischen Parteien vorhanden und ein wichtiger Schritt zur Einigung des Proletariats getan.

Fauler agrarischer Zauber

Nicht nur die sozialistische Regierung in Sachsen, sondern auch die sozialistische Regierung Thüringens tritt mit aller Schärfe gegen den Brotwucher auf und erachtet die Getreideumlage für eine zwingende Notwendigkeit. Dadurch hat sich die sozialistische Regierung Thüringens den besonderen Zorn der agrarischen Brotwucherer zugezogen, die mit allen möglichen Mitteln gegen sie Stimung zu machen versuchen und durch ein Erfurter Korrespondenzbureau die Bevölkerung mit dem Hinweis auf die „Polonaisen" vor den Lebensmittelgeschäften unter der Zwangswirtschaft schrecken wollen. Daß unter der Zwangswirtschaft nicht zu verteidigende Dinge sich abspielten, ist richtig, aber **diese Vorkommnisse fallen auf das Konto des alten Systems**, wie andererseits die Befürworter der freien Wirtschaft nicht abzuleugnen vermögen, daß für freie Artikel die Konsumenten heute noch in „Polonaisen" sich anstellen müssen; wir erinnern beispielsweise nur an den Zucker, an Kartoffeln. Die Herren Agrarier können keine Gewähr dafür bieten, daß sich die gleichen Dinge nicht wiederholen, falls die Getreideumlage fällt, die freie Wirtschaft eingeführt, ihnen das Verschieben von Getreide und Mehl nach dem Ausland ermöglicht und die Entblößung Deutschlands von Getreide und Mehl und damit von Brot zu einer Gewißheit wird.

Unehrliche „Vorwärts"-Polemik

Der „Vorwärts" ist sehr verlegen wegen der von uns veröffentlichten Zuschrift eines rechtssozialistischen Arbeiters über das Versagen der SPD. im Kampfe gegen den Brotwucher. Der „Vorwärts" sucht das Wesentliche an der Zuschrift in die Forderung einer gemeinsamen Aktion der drei sozialistischen Parteien gegen den Brotwucher zu legen und verhöhnt diesen Gedanken angesichts der Ablehnung der USP.-Zentrale, mit der KPD.-Zentale wegen deren politischer Unehrlichkeit, gemeinsame Aktionen zu machen. Dabei war die Ablehnung der SPD.-Leitung zu gemeinsamen Aktionen für den rechtssozialistischen Briefschreiber nur der Anlaß zur Klage über den Geist in der rechtssozialistischen Führerschaft, die ihre Ablehnung mit den Worten begründet hatte, **„da sei nichts zu machen"**. „Kismet", d. h. unabänderliche Schickung, so kennzeichnete der rechtssozialistische Briefschreiber mit Recht diese **Gesinnung der Passivität**. Das ist es, was wir treffen wollten mit dem Abdruck des Schreibens. Das haben wir auch in unserem Kommentar deutlich zum Ausdruck gerbacht, daß wir durch den Abdruck **die Stimmung** kennzeichnen wollten, die jetzt treibend hinter der SPD. stehe, wenn sie gegen gie Getreideumlage vorgehe, und wir haben zum Schlusse die rechtssozialistischen Arbeiter aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ihre Führerschaft zum Schlusse nicht wieder umfalle. Diese Mahnung wiederholen wir gerade angesichts des Lärms, den die SPD. momentan entfacht, eindringlicher denn je, denn es gehört zur Taktik der SPD., erst große Sensation und Opposition zu machen und dann zum Schluß zusammenzuklappen wie ein Taschenmesser.

Zum Fall Lensch

Die sozialdemokratische Presse teilt mit, daß die Ortsgruppe Frankfurt a. O. den Ausschluß von Lensch aus der SPD. gefordert hat. — Demgegenüber hat die Ortsgruppe Nowawes, zu der Lensch gehört, einem Ausschluß widersprochen, weil „es nur im Interesse der Partei liege" und „der gesamten Arbeiterbewegung von Vorteil sei", daß Lensch Chefredakteur eines Stinnesblattes ist. — Das ist selbst dem „Vorwärts" zu viel, der bemerkt, daß er einer „sozialdemokratischen Propaganda" in einer Stinneszeitung „sehr skeptisch gegenüberstehe". Die „Breslauer Volkswacht" meint ebenfalls, daß nach den bisher gelieferten Arbeiten von Lensch, „die Angelegenheit abschließend zu betrachten ist, da sie Fragen erörtern, deren Behandlung durch Parteibeschluß untersagt ist."

Wenn Lensch in Nowawes versicherte, daß er die Chefredaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" nur übernommen habe, um in diesem außenpolitisch so wichtigen Blatte der Sache des Sozialismus zu dienen, so ist diese Versicherung unseres Erachtens genau so zu bewerten, wie die Benennung eines Stinnesdampfers mit dem Namen „Karl Legien". Nämlich als eine Verhöhnung der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung!

Weiterer Rückgang der Kohlenproduktion

Von sachkundiger Seite wird uns aus dem Ruhrrevier geschrieben:

Eine Mitteilung der deutschen „Bergwerkszeitung" vom Sonntag, den 18. Juni, besagt, daß die Kohlenproduktion im Ruhrrevier in der ersten Hälfte des Monats Juni weiter zurückgegangen ist. Die tägliche Kohlenförderung im Ruhrrevier betrug im Monat Mai 310 000 Tonnen, sank in der ersten Hälfte Juni arbeitstäglich auf 286 000 Tonnen herab. Wie es weiter gehen soll, fragt naiv das kapitalistische Blatt. Infolge der Kohlenpreis- und Lohnpolitik im Bergbau, für die die Koalitionsparteien und ihre Gönner verantwortlich sind, mußte der Rückgang der Kohlenproduktion eintreten. Beharrt diese Cliqueweiter auf ihrem bisherigen Standpunkt, so wird die Kohlenproduktion noch weiter zurückgehen. Bisher wurde hauptsächlich darauf gesehen, damit ja die Bergwerkskapitalisten nichts u kurz kämen. Dies ist in so einem Maße geschehen, daß dem Aktionär Herrn von Stinnes selbst die Sache zu bunt erschien und er sich an die Regierung gewandt hat wegen der übermäßigen Gewinne in der Berg- und Hüttenindustrie. Um die Produzenten im Bergbau, die Bergarbeiter hatte sich das Unternehmertum und die Regierung sehr wenig gekümmert. Die Löhne im Bergbau blieben in Anbetracht der steigenden Teuerung immer mehr zurück. Die Bergarbeiter waren somit nicht in der Lage, sich so zu ernähren, wie es der Kräfteverbrauch im Bergbau erfordert. Man braucht nur durch das Ruhrrevier zu wandern, dort begegnen einem die abgemagerten Bergarbeiter, die lebhaft an die Steckrübenzeit 1916/1917 erinnern. Die Lösung des Kohlenproduktionsrückgangproblems ist sehr einfach; sie ist in der schlechten Entlohnung der Bergarbeiter zu suchen. Der Schiedsspruch besagt z. B.: seit der letzten Lohnerhöhung im Ruhrrevier am 20. April stieg die allgemeine Teuerung um 18 Prozent. Trotzdem warten die Bergarbeiter immer noch vergebens auf eine Lohnerhöhung. Mit einer etwaigen Lohnerhöhung hatte das Unternehmertum aber auch noch eine Ueberarbeit, das Verfahren von Ueberstunden verknüpft. Die geringen Löhne der Bergarbeiter haben die heutige Situation in der Kohlenproduktion herbeigeführt. Das fortwährende Drohen der Unternehmer und der Regierung mit der „Notwendigkeit" der Ueberarbeit im Bergbau hat bewirkt, daß eine große Zahl gelernter langjähriger Hauer dem Bergbau den Rücken gekehrt haben. Wird die bisherige Taktik beibehalten und hört nicht das Drohen mit den Ueberschichten auf, werden den Bergarbeitern in Anbetracht des Kräfteverbrauchs im Bergwerk nicht dementsprechend höhere Löhne gezahlt, so bleiben die weiteren Folgen nicht aus.

Beschlagnahme von Waffen in Jüterbog

Durch Berliner Kriminalbeamte wurde, wie der amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, in der Nacht zum 21. Juni in Jüterbog ein großes Waffenlager entdeckt. Ein den früheren Baltikumtruppen angehörender Oberleutnant Deutscher hatte versucht, das Jüterboger Waffenlager in Berlin an den Mann zu bringen und war dabei mit Berliner Kriminalbeamten in Verbindung getreten, ohne zu wissen, daß er es mit Kriminalbeamten zu tun habe. Er führte einen Kriminalbeamten nach Jüterbog zur Besichtigung des Waffenlagers und wurde Dienstag nachmittag in Berlin am Anhalter Bahnhof bei der Rückkehr aus Jüterbog verhaftet. In der Nacht wurde das Waffenlager ausgehoben. Es handelt sich insgesamt um 2 vollständige schwere Maschinengewehre, 206 Gewehre, darunter etwa 30 Karabiner, 150 Handgranaten, 5 Gurtfüller und mehrere 100 000 Stück Munition für Gewehre und Maschinengewehre, ferner Leuchtmunition. Die gefundenen Waffen und die Munition wurden noch in der Nacht unter Anleitung des Landrats und der örtlichen Polizeiverwaltung im Alten Lager bei Jüterbog zugeführt.

Das kommunistische „Indianergeheul"

Die „Rote Fahne" setzt das „Indianergeheul" gegen uns und die USP. wegen der Rückkehr der Verteidiger aus Moskau fort. Sie unterschlägt dabei unsere Feststellung, daß die Frankfurter Resolution erst am 15. Juni beschlossen wurde, demselben Tage, an dem die Verteidiger in Moskau zurücktraten. Ebenso unterschlägt sie aus dem Brief des Genossen Dittmann die Stelle, die die Absicht der Bolschewisten kennzeichnet, die sie mit ihrer Hetze gegen die Verteidiger im Schilde führten. Andererseits sucht sie aus dem Briefe zu beweisen, daß die Verteidiger und die Zweite Internationale sowie die Wiener Arbeitsgemeinschaft nicht juristische, sondern politische Zwecke, und zwar: die politische und moralische Unterstützung der bewaffneten Interventionen gegen Sowjetrußland verfolgt haben. Der Schreiber dieses Blödsinns ist reif für Dalldorf.

Glücklicherweise weiß heute in Deutschland jeder, auch der kommunistische Arbeiter, daß die Teilnahme der westeuropäischen Verteidiger an dem orientalisch-tatarischen „Gerichtsverfahren" in Moskau den Zweck haben sollte, dem Weltproletariat die Garantie zu geben, daß wirklich Recht gesprochen und nicht politische Rachejustiz geübt würde. Die Teilnahme der Genossen Rosenfeld, Liebknecht und Vandervelde an der Verteidigung hat nun zu dem gegenteiligen Resultat geführt: der Entlarvung des „Gerichtsverfahrens" als eines politischen Racheaktes. Darin allerdings liegt ein politisches Verdienst der Verteidiger, das Genosse Dittmann in seinem Briefe festgestellt hat.

Natürlich stoßen die Moskauer Sowjetpresse und die Moskauer Kommunistenzentrale in dasselbe Horn wie die „Rote Fahne". Es wird darüber berichtet:

Moskau, 20. Juni. Anläßlich der Niederlegung der Verteidigung durch Vandervelde und Genossen widmet „Iswestija" diesen einen scharf polemisierenden Abschiedsartikel, in dem unter anderem alle Hinweise **Vandervelds, Rosenfelds und des „Individuums, das sich unter dem Familiennamen eines Liebknecht verstecke"**, als unerhörte Frechheit bezeichnet werden. Das Urteil des Gerichts werde davon abhängen, welche Schuld der Angeklagten als erwiesen angesehen werde, möchten dann die Verschwörer schreien, wie sie wollten.

Die deutschen Verteidiger reisen am Montag nach Berlin zurück.

Moskau, 21. Juni. Das Moskauer Zentralkomitee der kommunistischen Partei erläßt einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft, am 20. Juni, dem Tag der Ermordung Wolodarskis, Protestumzüge gegen die Sozialrevolutionäre als Mörder zu veranstalten. Das Auftreten der drei ausländischen Verteidiger sei nur der Versuchsballon des europäischen Bürgertums gewesen, vor Beginn der Haager Konferenz zu untersuchen, ob nicht vielleicht die Sowjetmacht das Vertrauen der Arbeiter verloren habe. Die Protestkundgebung vom 20. Juni habe also den Sinn, das Vertrauen und die Unterstützung der Arbeiter zu bekunden und für die am Ausbruch des Bürgerkrieges Schuldigen Rache zu verlangen.

Armselige Wichte, die glauben, mit derartigen Komödien auf das Weltproletariat noch Eindruck machen zu können.

Wer schimpft, hat Unrecht

Die „Rote Fahne" schimpft in einem Leitartikel fast drei Spalten lang über den von Crispien gezeichneten Brief an die Zentrale der KPD., in dem unsere Parteileitung aus den bekannten Gründen gemeinsame Aktionen ablehnt. Irgendein sachliches Argument bringen die Moskauer Stipendioten der „Roten Fahne" nicht vor, weshalb wir sie weiter toben lassen wollen, dieweil bekanntlich Unrecht hat, wer schimpft.

Frankreich und die Verständigung mit Rußland

Aus dem Haag, 21. Juni. (Korrespondenzbureau.)

In der heutigen Pressekonferenz erklärte der französische Delegierte für die Haager Konferenz Alphand, es sei nicht richtig, anzunehmen, daß es zwei Gruppen von Delegierten gebe, von denen die eine um jeden Preis sich mit Rußland verständigen wolle, während die andere um jeden Preis eine Verständigung verhindern wolle. **Alle Delegierten wollten sich mit Rußland verständigen, aber nicht um jeden Preis.** Die Moralität des Völkerrechts solle respektiert werden, ebenso wie die Interessen unserer Landesgenossen, die an die Unterschrift einer Großmacht geglaubt haben und durch ihre Industrie zum Wohl dieses Landes beigetragen haben. In Genua habe man ein politisches Experiment gemacht. Es sei ein Fehlschlag gewesen. Jetzt werde ein technisches Experiment gemacht, das möglicherweise Erfolg haben könne.

„Revolutionäre Front" mit den „Königen des Kapitals"

OE. (Drahtbericht.) **Terijoki, 21. Juni.**

Die neuerdings in Sowjetkreisen gegen den Rapallo-Vertrag wegen angeblicher Benachteiligung der sowjetrussischen Interessen vorgebrachten Bemängelungen haben Joffe veranlaßt, gegen diese Kritik in der Petersburger „Prawda" Stellung zu nehmen. Joffe erklärt, der deutsch-russische Vertrag sei zwar durch die Furcht Deutschlands, sich in Genua isoliert zu sehen, veranlaßt worden, **doch habe der Vertrag die Front der bürgerlichen Staaten gesprengt und der Schaffung einer revolutionären Front die Wege geebnet.**

Die Petersburger Presse verweist nach wie vor auf die Aussichtslosigkeit der Haager Konferenz und meint, daß Rußland nicht von den Diplomaten sein Heil zu erwarten habe, **sondern von den Königen des Kapitals, die ihre Schiffe nach Petersburg entsenden.**

Arbeiterunruhen in Moskau

(EP.) **Reval, 20. Juni.**

Am 17. Juni fanden, wie auf Umwegen aus Moskau gemeldet wird, der im Zusammenhang mit der Niederlegung der Verteidigung der drei ausländischen Vertreter in vielen Betrieben Arbeiterversammlungen statt. In den Versammlungen wurde die Sowjetregierung, sowie ganz besonders **das Zentralkomitee der kommunistischen Partei einer scharfen Kritik unterzogen.**

Frankreichs Kontrolle und Anleihefrage

(WTB.) **Paris, 21. Juni**

Der „Temps" kommt in seinem heutigen Leitartikel wiederum auf die Reparationsfrage zurück und sucht nochmals den Nachweis zu führen, daß die einzusetzende Kontrolle allein nicht genüge und daß Deutschland eine Anleihe erhalten müsse. Man könne sagen, daß die Anleihe unerläßlich sei für den Erfolg der Kontrolle und wenn die Mark einen Sturz erleidet, dann sehe man nicht recht ein, was die Kontrolleure unternehmen wollten, um das deutsche Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Es sei also Pflicht, so weit man dazu imstande sei, die Hemmnisse zu beseitigen, die die Bewilligung einer Anleihe verhinderten, nicht nur die Hemmnisse von denen die ganze Welt gesprochen habe, sondern auch die, die sich bis jetzt kaum gezeigt hätten und jedenfalls im letzten Augenblick in die Erscheinung treten würden.

Poincaré ist „zufrieden"

Paris, 21. Juni.

Ministerpräsident Poincaré, der den englischen Premier Lloyd George besucht und mit ihm über die schwebenden Fragen gesprochen hat, erklärte von dem Ergebnis dieser Besprechung vollkommen befriedigt zu sein. Ueber den Haag habe man sich geeinigt, auch in bezug auf die Reparationsfrage sei Lloyd George der Ansicht, daß die Zeit einer Herabsetzung der deutschen Schuldsumme noch nicht gekommen sei.

Internationaler Kongreß der Christlichen Gewerkschaften

(WTB.) **Innsbruck, 21. Juni.**

Gestern begann hier der internationale Kongreß der Christlichen Gewerkschaftsverbände. Sein Programm umfaßt unter anderem die Aufstellung eines **Weltwirtschaftsplans** und die Stellungnahme zur gegenwärtigen sozialen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. **Dem Bund gehören in ganz Europa 2 695 988 Mitglieder an, von denen auf Deutschland 1 142 956 Mitglieder entfallen.**

Reichsbildungskonferenz

Bezugnehmend auf den Aufruf vom 16. Mai bitten wir, zu der Reichsbildungskonferenz, die am 9., 10. und 11. Juli stattfindet, sofort Stellung zu nehmen.

Auf der Konferenz werden die 6 großen Gebiete:

1. Die materialistische Geschichtsauffassung und die Kulturaufgaben
2. Aufgabe und Methode der Parteibildungsarbeit,
3. Die künstlerische Erziehung des Proletariats,
4. Schulpolitische Fragen.
5. Volkshochschule,
6. Die Bedeutung des Kinos

durch ausführliche Referate behandelt werden.

Als Delegierte kommen Vertreter der Bezirksbildungsausschüsse der U[illegible]-Lehrerorganisationen, der USPD.-Elternbeiräte und der freien Schulgemeinden in Frage. Ferner ist die Beteiligung der Genossen, die in Gemeinde, Staat und Reich verantwortliche Bildungs- und Erziehungspolitik zu leiten haben, dringend erforderlich. Es kommt nicht auf die Anzahl, sondern auf die Zweckdienlichkeit der Delegation an. Anmeldungen von Delegierten sowie Wünsche wegen Quartierbesorgung sind bis 30. Juni an den Genossen Wilhelm Schenk in Berlin B. 2, Breite Str. 8/9, Arbeiterbildungsschule, zu richten.

Berlin, den 21. Juni 1922.

Die Zentralleitung
der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Mittwoch, den 21. Juni.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Anwendung der Verträge zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich über die Ausführung der Reparationsleistungen wird verbunden mit der Beratung des Weißbuches „Aktenstücke zur Reparationsfrage von 1921 bis zum März 1922" und der Besprechung der Interpellationen der Deutschnationalen über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle, der Deutschen Volkspartei über die Neutralisierung der Rheinlande durch England und Frankreich, der Unabhängigen über das Ergebnis der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, der Zentrumspartei über die Einstellung und Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet und derselben Partei über die Zustände im Saargebiet.

Nach dem Berichterstatter **Dernburg** (Dem.) begründet Abg. **Reichert** die deutschnationale Interpellation, **Moldenhauer** (D. Vp.) die Interpellation der Deutschen Volkspartei.

Abg. **Levi** (USP.):

Wir fordern von der Regierung eine Erklärung über die Pariser Verhandlungen. Mit der Haltung der Regierung, den Reichstag bedeutungslos zu machen, wird eine ihrer besten außenpolitischen Waffen stumpf, denn das Eingreifen des Parlaments, die Resonanz, die ein solches Eingreifen im Auslande findet, ist die stärkste Waffe einer Regierung. Die heutige Tagesordnung, die alle, aber auch alle Probleme der auswärtigen Politik berührt, hätte eigentlich für die Regierung die Notwendigkeit bilden müssen, eine positive Erklärung abzugeben. Bedauerlicherweise **aber müssen die Parteien die Initiative ergreifen, um die Regierung überhaupt zum Reden zu bringen.**

In diesem Augenblick ist **eine gewisse Serie in der Erfüllungspolitik abgespielt:** die Serie der Konferenzen, die mit Cannes begonnen hat, über Genua und Paris fortgesetzt wurde und eine sehr schwache Fortsetzung jetzt im Haag finden wird. Die Pariser Verhandlungen, die Minister Hermes gepflogen und die unsere Interpellation zum Gegenstand hat, sind ein Einschnitt in diese Serie gewesen. Sie haben ein negatives Ergebnis gezeitigt. Es ist die **Aufgabe der Regierung, uns dieses Ergebnis mit den großen Linien der europäischen Politik in Verbindung zu bringen,** wie dies der Kanzler in seiner letzten großen Rede als Ziel der Konferenz von Paris hingestellt hat. Die Erfüllungspolitik, das ist jedem klar, muß in ihrem Gefolge eine Reihe von Opfern nach sich ziehen, die auf allen Mitgliedern des deutschen Volkes lasten müssen.

Wenn die Unabhängige Sozialdemokratie für die Erfüllungspolitik eintritt,

so geschieht das, weil sie weiß, daß die Lasten aus einer Ablehnung der Erfüllung für das deutsche Proletariat noch viel größere sein würden. Sie würden zu einer Katastrophe führen, deren Ausmaß an Bedeutung für die Arbeiterschaft man sich nicht vorstellen kann.

Die Politik der Erfüllung darf aber der Regierung nicht die Ermächtigung geben, im Rahmen dieser Erfüllungspolitik **all die daraus resultierenden Lasten unbemessen und unbesehen auf das Proletariat abzuwälzen.** (Sehr richtig! links.) Wir verstehen unter Erfüllungspolitik **Schutz für die Arbeiter,** wie ein solcher nach Maßgabe des Versailler Friedensvertrags überhaupt möglich ist.

Einen Teil dieser Erfüllungspolitik greift unsere Interpellation heraus. Sie fragt: 1. Welches sind die Abmachungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission? 2. In welcher Weise gedenkt die Reichsregierung ihre Abmachungen mit der Reparationskommission, soweit sie das steuerliche Gebiet betreffen, durchzuführen?

3. Gedenkt die Reichsregierung — und diese Frage heben wir besonders hervor — bei etwaigen neuen steuerlichen Maßnahmen eine weitere Belastung der arbeitenden Klassen und einen Abbau der sozialen Fürsorge, insbesondere der Erwerbslosenfürsorge und des Achtstundentages, zu vermeiden?

Das Problem der Erfüllungspolitik wird in Deutschland als ein rein technisches und finanzielles hingestellt. Es ist jedoch auch ein psychologisches und ein politisches Problem. Psychologisch darum, weil Deutschland **durch die Erfüllungspolitik die anderen Völker entwaffnet, der Gedanke des Krieges getötet werden kann und die Möglichkeit des neuen Kriegführens genommen wird.** Die Erfüllungspolitik muß einheitlich alle Glieder der Reichsverwaltung durchziehen. Wir haben in letzter Zeit z. B. die Paraden vor Hindenburg erlebt. Wir bedauern jeden geschlagenen Feldherrn, weil eine menschliche und seelische Tragik in diesem Schicksal liegt. **Aber was das Schwert verbrochen hat, das macht kein Mundwerk wieder gut.** (Lebhafte Zustimmung links.) Das Reichswehrministerium hat an dieser Privatpolitik Hindenburgs aktiven Anteil genommen. Das Ministerium hat Soldaten dazu abkommandiert. Durch seine Schuld ist in Königsberg Blut geflossen. Wenn die Regierung Erfüllungspolitik treiben will, muß sie das einheitlich tun. Verspricht sich die Reichsregierung einen Vorteil davon, wenn Kapitän von Loewenfeld als Kommandant des kleinen Kreuzers „Berlin" plötzlich im Ausland erscheint?

Das Erfüllungsproblem ist ein politisches Problem. Die Frage des Rapallovertrags wird erst in den nächsten Tagen hier im Reichstag aufgerollt werden. Ich erkläre aber schon jetzt: Wir begrüßen es, daß die Regierung heute auf einen Standpunkt gekommen ist, der es ihr ermöglicht, dem schwergeprüften russischen Volk Hilfe zuteil werden zu lassen. Wir werden alles befürworten, daß das Maß dieser Hilfe so groß wie irgend möglich sein wird. Es gehen jedoch Gerüchte um, daß die Regierung auch Verhandlungen zur Anerkennung der Sowjetrepublik Georgien und der Sowjetrepublik Tschita angeknüpft hat. Wir brauchen der Regierung wohl nicht zu bedeuten, daß Verhandlungen mit diesen beiden Brennpunkten imperialistischer Politik unübersehbare Verwicklungen nach sich ziehen werden. Erfüllungspolitik bedeutet auch Einheitlichkeit in der Führung der auswärtigen politischen Geschäfte. Die Erfüllungspolitik treibt einem kritischen Punkt zu. Wenn heute vielleicht der Reichskanzler noch die Abgabe einer positiven Erklärung umgehen kann, dann werden ihn die Verhältnisse sehr bald zu einer Erklärung über den Stand der Erfüllungspolitik zwingen. Wir werden dann eine wichtige Entscheidung zu fällen haben. (Lebhafter Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. **Lauscher** (Ztr.) begründet seine Interpellation über die Zerstörung von Eisenbahnbauten im besetzten rheinischen Gebiet.

Abg. **Bell** (Ztr.) interpelliert die Regierung über die vom Völkerbundsrat eingesetzte Regierungskommission, die das Saargebiet zu regieren hat.

Staatssekretär **Müller** beantwortet die deutschnationale Interpellation über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle. Verfassungsrechtlich war die Zustimmung des Reichstags nicht notwendig. Der Friedensvertrag ist durch die Ratifizierung nicht zuungunsten Deutschlands umgeändert worden. Das Wiesbadener Hauptabkommen wird dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Minister des Aeußern Rathenau beantwortet die Interpellationen, die das Rheinland und das Saargebiet betreffen. Niemals wird die Regierung gewillt sein, selbst noch so großen Zugeständnissen gegenüber, den Bestand der Rheinlande als deutsche Provinz aufzugeben. — Die Botschafterkonferenz war der Ansicht, daß die Eisenbahnlinien im Rheinlande strategische Linien und militärische Einrichtungen seien, daß durch deren Zerstörung keinerlei Verminderung der Leistungsfähigkeit der rheinischen Eisenbahnen eintreten würde und daß durch die Ersparung der für diese Eisenbahnlinien ausgeworfenen Mittel Deutschlands Finanzlage gehoben werden könnte. (Heiterkeit rechts.) Die vorhandenen Anlagen, soweit sie wirklich militärischer Natur sind, wird die Regierung pflichtgemäß zerstören lassen. Sie denkt nicht daran, neue Anlagen zu bauen oder begonnene fortzuführen.

Finanzminister **Hermes** beantwortet die Interpellation der Unabhängigen über die Verhandlungen in Paris: Die Mitte Mai stattgefundenen Besprechungen zwischen Mitgliedern der Reparationskommission und mir waren lediglich die Erörterung der schwebenden Reparationsfragen mit dem Ziel, eine Grundlage zur Verständigung zu schaffen. Die Abmachungen selbst sind ausschließlich in den Noten der Regierung und der Reparationskommission enthalten, die dem Reichstag in vollem Inhalt mitgeteilt worden sind. Irgendwelche Abmachungen über einzelne Steuern sind nicht getroffen worden, die Erörterungen haben sich auch mit keinem Worte auf die in der Interpellation erwähnten Fragen der sozialen Fürsorge, der Erwerbslosenfürsorge und des Achtstundentages erstreckt.

Der Reichstag vertagt sich auf Donnerstag 2 Uhr.

Preußischer Landtag

Sitzung vom Mittwoch, dem 21. Juni.

Die Beratung des **Haushalts des Preußischen Staatsministeriums** und des Ministerpräsidenten wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Schreiber** (Dem.): Das Opfer der Getreideumlage ist für die Landwirtschaft nicht unerträglich.

Abg. **Kilian** (KPD.) wendet sich gegen den Wucher und fordert die Umlage.

Ministerpräsident **Braun:** Herr Schlange hat nicht einmal den Versuch gemacht, meine gestrige Rede zu widerlegen.

Nunmehr erfolgt die allgemeine politische Aussprache.

Abg. **Bartels** (SPD.): Hoffentlich findet sich in diesem Hause bald eine Mehrheit, die den völlig überflüssigen Staatsrats abschafft. — Wenn auf Grund des Fechenbachprozesses in München von völliger Unschuld Deutschlands am Weltkriege gesprochen wird, so geht das weit über das hinaus, was man als richtig bezeichnen muß.

Abg. Dr. **Heß.** (Ztr.) stellt an das Staatsministerium die Frage, welche Möbel der preußischen Gesandtschaft in München verkauft, zu welchen Preisen und an wen sie verkauft wurden.

Ministerpräsident **Braun** gibt an Hand eines Verzeichnisses Auskunft auf die von Dr. Heß gestellten Fragen. Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß die Möbel der Gesandtschaft zu Preisen verkauft wurden, die jeder Beschreibung spotten. U. a. wurde ein Kristallüstre, der 40- bis 50 000 Mark an Wert hat, zum Preise von 3000 Mark abgegeben. Eine ganze Reihe von Preisen werden von dem Ministerpräsidenten genannt, die von der Mehrheit des Hauses mit stürmischen Hört! Hört!-Rufen begleitet werden. Die Möbel hat der preußische Vertreter in München, von Schellen, zum Teil an sich gebracht. (Stürmisches Hört! Hört! links.)

Abg. **Wallraff** (Dtn.): Es ist notwendig, auf Grund der Münchener Feststellung zu einer Revision des Vertrages von Versailles zu kommen.

Abg. **Wiemer** (D. Vp.): Die Feststellungen des Fechenbachprozesses müssen auch im Ausland bekannt werden.

Abg. **Leid** (USP.): Wir sind ebenfalls der Meinung, daß der Vertrag von Versailles revidiert werden muß, aber die Mittel, die von den Rechtsparteien angewendet werden, sind zu durchsichtig, als daß sie Wirkung erzielen könnten. Hinter den Redensarten von der Kriegsschuldlüge verbirgt sich das Bestreben, das alte Regime, die Schuldigen am Kriege, reinzuwaschen.

Es ist eine Verdrehung, wenn preußische Vertreter im Reichsrat gegen die Getreideumlage stimmen, also gegen den Willen der großen Mehrheit der Verbraucher. Die Vertreter der sächsischen Regierung im Reichsrat haben eine konsequente Haltung zur Umlage eingenommen. Leider haben die Kommunisten in völliger Verkennung der reaktionären Wirkung ihrer Handlungsweise diese Regierung gestürzt. Es ist ein **schwerer Vorwurf, der gegen die Kommunisten erhoben werden muß, daß sie dadurch der Reaktion in die Hände gearbeitet haben.** Die Widerstände gegen die Getreideumlage sind in den Parteien der Rechten bis auf den Demokraten zu finden. Gegen den Widerstand der Agrarier müßte die Regierung Zwangsmaßnahmen anwenden. Aber die Konsumentenschaft, die Arbeiterschaft, wird sich auch hier auf ihre eigene Kraft verlassen müssen. (Sehr richtig! links.)

Die neue **Landgemeinde- und Städteordnung ist ein elendes Flickwerk,** das keinen leitenden Gedanken einer wirklichen Reform enthält. Ueberall merkt man den unheilvollen Einfluß reaktionärer Beamter in den leitenden Stellen. Hier zeigt sich die ganze **Einflußlosigkeit rechtssozialistischer Koalitionsminister.** Wir fordern die Reform eines Beamtenrechtes, das den veränderten Verhältnissen entspricht.

Es ist geradezu unglaublich, welche Unsummen heute in Deutschland verausgabt werden durch die Einzelstaaterei mit ihren Einzelregierungen und Parlamenten. Das zeigt sich besonders bei den Verhandlungen zwischen Preußen einerseits und Bremen und Hamburg andererseits. Jeder Staat schiebt seine Sonderinteressen in den Vordergrund. Das ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand. Wir fordern die deutsche Einheitsrepublik, die sich teilt in Unterbezirke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Aus demselben Grunde sind wir auch gegen die „auswärtigen Vertretungen". Preußen bei den einzelnen Freistaaten. Besonders hinderlich zeigt sich die Einzelstaaterei in Thüringen. Schon wiederholt haben wir die Abschaffung des Staatsrats gefordert, der nichts weiter ist als eine zweite Kammer in Preußen. Herr v. Eynern meinte gestern: Wir brauchen mehr Macht! Jawohl, auch die Arbeiterschaft ist sich dieser Tatsache bewußt. Die Macht, einmal in den Händen der Arbeiterschaft, wird es verhindern, daß die breiten Massen der Bevölkerung künftig der Ausbeutung und Ausplünderung kapitalistischer Kreise schutzlos preisgegeben werden. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. **Gottschalk** (Dem.): Eisner wollte das Beste und erreichte das Gegenteil. Die Deutschnationalen sind jedoch die Letzten, die andern etwas vorwerfen können.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 11 Uhr.

Genau wie früher .... Die BZ.-Korrespondenz meldet, daß die großen Herbstmanöver des Reichsheeres divisionsweise in Anwesenheit des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt, in der Zeit von Mitte bis Ende September auf den Truppenübungsplätzen stattfinden und von den Divisionen geleitet werden. — Glaubt Herr Geßler, als Mitglied des Erfüllungskomitees, mit solchen Dingen die außenpolitische Stellung Deutschlands zu verbessern?

Der Genossenschaftstag in Eisenach

Der Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine wurde am 19. Juni im „Fürstenhof" zu Eisenach eröffnet. Bei den Begrüßungsansprachen der Behörden, inländischen Gewerkschaften und ausländischen Genossenschaften ereignete sich ein Zwischenfall. Die Vertreter der russischen Genossenschaften verließen den Saal, weil ein georgischer Genossenschaftler vor ihnen das Wort erhalten hatte, obwohl nach ihrer Darstellung die georgischen Genossenschaften von der gesamtrussischen Delegation mitvertreten würden. Die Kongreßleitung erklärte, daß die georgischen Genossenschaften als dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossen sind und der georgische Vertreter früher als die russischen Vertreter als Kongreßteilnehmer angemeldet worden sei.

Am ersten Verhandlungstage, den 20. Juni, sprachen Heinrich Kaufmann-Hamburg über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Hugo Bästlein-Hamburg über die Zwangswirtschaft und die Umsatzsteuer. In der Debatte handelte es sich hauptsächlich um die Frage, ob die Konsumvereine lediglich auf ihren aus den Mitgliederkreisen aufzubringenden Kapitalien aufzubauen sind (dies ist die Auffassung der Mehrheit), oder ob die Konsumvereine auch Staatskredit in Anspruch nehmen sollen (dies ist die Auffassung der Minderheit). Der Genossenschaftstag nahm eine Entschließung an, in der gefordert wird:

1. Die bisher bestehende Brotgetreidewirtschaft auch im neuen Erntejahr beizubehalten unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse;
2. Sicherungen zu treffen, daß die auf Lieferungsvertrag abgeschlossenen Kartoffelmengen auch wirklich zur Ablieferung gelangen und daß das Verkehrsministerium für die Verfrachtung eine bevorzugte Wagengestellung anordnet;
3. die ausreichende Versorgung der Konsumgenossenschaften mit Zucker für deren Mitglieder, gegebenenfalls durch behördlichen Eingriff erhöhte Einfuhr oder sonstige Vorkehrungen, sicherzustellen;
4. den wucherischen Preisbildungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wirksam entgegenzutreten."

Durch die einstimmige Annahme der Entschließung hat der Genossenschaftstag gegen früher eine Schwenkung vollzogen. In den letzten Tagen hatten die Genossenschaftstage angesichts der schlechten Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft sich für die „freie Wirtschaft" ausgesprochen, die sich aber erst recht als eine Zwangswirtschaft, nämlich als eine Diktatur des Industrie- und Handelskapitals herausgestellt hat.

Ein Antrag, der von SPD.- und USP.-Genossenschaftlern ausging, von der Regierung zu verlangen, daß die Getreideumlage gegen das Vorjahr erhöht werde, wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Durch die Annahme einer anderen Entschließung wendete sich der Genossenschaftstag gegen die Belastung der Genossenschaften mit der Umsatzsteuer.

Die preußische Provinzialautonomie

Aus Marienburg wird uns geschrieben:

„Die Hauptsitze der deutschnationalen Verschwörer in Ostpreußen sind Königsberg, Allenstein, Elbing und Marienburg. In Königsberg sind inaktive höhere Offiziere die Träger der Umsturzpläne. Sie arbeiten in enger Fühlung mit aktiven Offizieren und „zuverlässigen" Staatsbeamten. Elbing und Marienburg bilden die **Brückenköpfe nach dem Reich, Pomerellen und Danzig.** Trotz der schärfsten Grenzkontrolle sind die Polen nicht in der Lage gewesen, die Verbindungen der Alldeutschen zu zerreißen. In Marienwerder wurde zur Zeit der Abstimmung mit Regierungsgeld eine deutschnationale Zeitung „Die Weichselzeitung" gegründet, die sowohl die dort bestehende rechtssozialistische „Volkszeitung für die östlichen Grenzlande" wie das demokratische Blatt restlos vernichtet hat. Die „Weichselzeitung" treibt sehr stark monarchische und antipolnische Agitation. In Marienburg ist der Rechtsanwalt Kroll die Seele der deutschnationalen Putschisten. Bürgermeister Paweleick und einige anderen städtischen Größen, wie Buchdruckereibesitzer Halb, wissen natürlich genau Bescheid, wenn sie nach außen hin auch weniger hervortreten. Organisator der ganzen Bewegung im südlichen Ostpreußen ist der Major v. Linsingen, Elbing, Moltkestraße 2, wohnhaft. Der Herr v. Linsingen ist der Neffe des bekannten Heerführers und der Schwiegersohn des deutschnationalen Elbinger Vorsitzenden Justizrat Diegner. Beide bewohnen gemeinschaftlich die genannte Villa, und hier ist einer der Knotenpunkte, in denen die Fäden zusammenlaufen. Linsingen ist in Elbing Kommandeur der Technischen Nothilfe, Vorsitzender in einer Reihe von Militärvereinen und so etwas ähnliches wie der Generalstabschef. Besondere Unterstützung wird ihm durch den Grafen v. Posadowsky zuteil, dem Landrat des Landkreises Elbing; Posadowsky wird trotz allen Verlangens der arbeitenden Bevölkerung nicht seines Amtes enthoben. Er macht aus seiner antirepublikanischen Gesinnung höchstens ein Hehl, wenn der frommgläubige Oberpräsident Siehr oder der Minister ihn besucht. Sonst ist er kaisertreu bis auf die Knochen. Er ließ z. B. vor einigen Monaten in einer Delegiertenversammlung der Kriegervereine im Elbinger Gewerbehaus S. M. Wilhelm hochleben, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, daß wir **recht bald in einer Monarchie leben** möchten. So spinnen sich die deutschnationalen **Verschwörerfäden von einer Stadt zur anderen,** von einem Kreis zum anderen. Wenn die Kaisergenerale und Admirale nach Ostpreußen kommen, verfolgt ihre Reise doppelten Zweck: nach außen Gimpelfang, verbunden mit einer starken Stimmungsmache unter den deutschnationalen Parteigenossen; nach innen bilden diese Besuche, bei denen immer die führenden Köpfe des Bezirks zusammenkommen, eine unverfängliche Gelegenheit zur Besprechung der Putschpläne. Der Zeitpunkt, wo an die Verwirklichung herangetreten wird, mag **nur einem kleinen Kreise Eingeweihter bekannt** sein. Fern aber ist er nicht, denn die ganze **Agitation der Deutschnationalen ist so ungeniert und frech vor sich gegangen,** daß eine Steigerung nicht mehr lange möglich ist. **Die Berliner Regierung solle sich hüten."**

Soweit unser Gewährsmann. Die Regierung ist oft genug gewarnt. Sie hat sich aber auch so oft so gründlich täuschen lassen, daß erneute Warnungen von ihr nicht in den Wind geschlagen werden dürfen. Die jungen Leute der „Deutschen Tageszeitung" geben sich besondere Mühe, die Meldungen von dem Aufmarsch der putschistischen Reaktion lächerlich zu machen. Trotzdem aber entfährt ihnen der Stoßseufzer: Hoffentlich stammt diese „Bartholomäusnacht der Freiheit" nicht nur aus den phantastischen Gehirnen der Freiheit-Redaktion." Im Bewußtsein dieser Herren sieht es also ganz anders aus, als sie es der Oeffentlichkeit vortäuschen. Diese Tatsache vermögen sie auch nicht dadurch hinwegzudisputieren, daß sie von „bestimmten Vorbereitungen der Herrn Dittmann nahestehenden Zeitgenossen" schwafeln. Das Proletariat ist durch solche Manöver nicht zu blenden. Hoffentlich behält die Regierung die Augen offen. Es geht ums Ganze.

Eine Tagung der Sozialrentner

Vom 11. bis 15. Juni tagte in Braunschweig der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands. Von den geladenen Behörden, Reichsarbeitsministerium, Landesregierungen, ADGB. usw. waren lediglich der Rat der Stadt Braunschweig und das internationale Arbeitsamt in Genf vertreten.

Diese Tagung die von Vertretern des notleidenden Proletariats zusammengesetzt war, hatte naturgemäß ihr eigenes Gepräge. Ungezügelte und undisziplinierte Leidenschaft, aus der Bitternis geboren, die körperliche Gebrechen und wirtschaftliche Sorgen hervorrufen, gab häufiger der Versammlung ihr Signum. Angehörige der verschiedensten Parteien vereinte die Tagung. Bildeten auch die sozialistischen Parteien die große Mehrheit, so gab es doch auch einflußreiche Delegierte, die der demokratischen oder Zentrumspartei angehörten.

Eingeleitet wurde der Verbandstag durch eine am Vorabend stattgefundene gutbesuchte öffentliche Versammlung, in der Genosse Karsten über „Sozialversicherung" und der Verbandsvorsitzende Lüneburg über „Soziale Fürsorge" referierten. Am Sonntag nachmittag war die offizielle Eröffnung der Tagung. Die Worte des Vorsitzenden Lüneburg über die Verbandsentwicklung zeigten die außerordentlichen Schwierigkeiten, die der Verband in den ersten zwei Jahren zu überwinden hatte. Trotz der Schwierigkeiten ist der Verband in der verflossenen Zeit eine große Organisation geworden. **125 000 Mitglieder** sind gewiß ein schöner Erfolg, der zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt. Rechte Worte der Anerkennung fand der Vertreter des internationalen Arbeitsamtes und der Vertreter der Bruderorganisation des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. — Nach der Erledigung des Geschäftsberichts wurde über die **„Soziale Gesetzgebung"** beraten. Genosse Karsten referierte. Seine Ausführungen gaben einen Ueberblick über den Werdegang der sozialen Gesetzgebung in Deutschland. Die herrschenden Grundlagen der sozialen Hilfeleistungen wurden vom Redner einer scharfen Kritik unterzogen. — Die unheilvolle Zersplitterung in den Organisationen, die differenzierten und unzulänglichen Leistungen die Verschiedenartigkeit in den Beiträgen, im Recht und im Rechtswege seien für die Dauer ebensowenig haltbar wie die differenzierenden Grundlagen in der Hilfeleistung nach Versicherung, Versorgung und Fürsorge. **Eine einheitliche Organisation müsse für die gesamte soziale Hilfeleistung geschaffen werden.** Eine entsprechende Resolution nahm der Verbandstag einstimmig an.

Nach einem Referat über „Agitation und Organisation" des Vorstandsmitgliedes Herrmann nahm der Verbandstag ein Referat des Leidenskollegen Balzer-Elberfeld entgegen über „Die Stellung der Gewerkschaften zum Verband". Die „soziale Fürsorge" wurde vom Verbandsvorsitzenden Lüneburg in einem großzügigen Referat behandelt. Jeder Staatsbürger, der auf Würde und Selbstachtung Wert lege, lehne es ab, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen. Gegen die Schaffung eines Reichsarmengesetzes müßte Verwahrung eingelegt werden.

Die Wahlen zum Vorstand und zu den übrigen Organen erfolgten in völliger Einmütigkeit.

Das letzte Bollwerk ... Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt zum Freispruch des Mordhelfers Killinger: Die linksstehenden Kreise benutzen ihre unaufhörlichen Angriffe gegen die deutsche Rechtsprechung lediglich dazu, **um dieses letzte Bollwerk eines Zeitalters des Rechts und der Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetz im Sturm zu nehmen ...** Die Vorliebe der Deutschnationalen für dieses letzte Bollwerk sollte erst recht der Arbeiterklasse und allen Republikanern ein Ansporn sein, es recht bald im Sturm zu nehmen.

Aus der Partei

Bücher und Schriften.

Die neueste Nummer der „Kämpferin" ist soeben erschienen. Sie enthält folgende Beiträge: Wochenhilfe. — Wochenfürsorge. — Die Geschlechtsbeziehungen und der Klassenkampf. I. — Die österreichische Frau in der Uebergangsepoche. — Die Frau als Heimarbeiterin. — Die proletarische Frau und die Genossenschaft. — Die weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften. — Schlaflied (Gedicht). — Ein Frühlingsfest. — Bücherschau.

Kinderbeilage: Märchen. — Die Bierflasche. — Junge Arbeiter (Gedicht). — Zahlenrätsel.

Die „Kämpferin" erscheint monatlich zweimal. Die Einzelnummer kostet 1 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M., Kreuzbandsendung 9 M.

Reise- und Sportkleidung!

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen verfertigt sind.

Reise-Ulster und Schlüpfer aus Homespun, Fischgrät u. Cheviotstoff, in mod. Ausführ. von M. 3500 bis 900,00

Sport-Paletots aus Covercoat und Cheviot ... von M 3000 bis 1650,00

Reiseanzüge aus guten strapazierfähig. Stoffen in den neuesten Mustern und Farbenstellungen ... von M. 1900 bis 1200,00

Promenadenanzüge nach den neuesten Modellen verarbeitet, tadelloser Sitz ... von M. 4000 bis 2000,00

Cutaways und Westen aus besten marengo und schwarzen Stoffen ... von M. 2700 bis 1900,00

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus Manchester ... von M. 2100 bis 1500,00

Sport-Anzüge mit Breecheshose aus farbigem Loden oder anderen schön gemusterten Stoffen ... von M. 1900 bis 950,00

Sport-Anzüge aus prima Stoffen, erstklassige Verarbeitung, mit Breeches oder langer Hose ... von M. 3300 bis 2000,00

Doppelmäntel v. beid. Seiten zu trag., als Ulster od. Regenmantel v. M 3300 bis 2200,00

Loden-Pelerinen aus festem Strichloden ... von M 1100 bis 900,00

Ruder-Jacketts aus gutem blauen Cheviot ... von M 1200 bis 1000,00

Hosen verschiedenster Art, aus Cheviot od. Kammgarn, in vielen schönen Streifenmustern ... von M. 900 bis 200,00

Sporthosen aus Manchester, Homespun u. ähnl. Stoffen, Breechesform v. M. 700 bis 450,00

Tennishosen in Baumwolle von M 500 bis 300,00 in Wolle v. M 1200 bis 750,00

Lodenmäntel aus eleganten Strichloden, wetterfest, f. Dame u. Herren, auf Reisen unentbehrlich, für den Aufenthalt am Seestrand, im Gebirge und Kurort sehr geeignet von M. 1500 bis 850,00

Knaben-Stoffanzüge in mannigfaltigen Mustern und Ausführungen ... Größe 1 von M. 800 bis 250,00

Knaben-Waschanzüge aus Satin, Regatt, Perkal usw. in jeder Form ... Größe 1 von M. 450 bis 190,00

Burschen-Stoffanzüge in Jackett- und Sportform, auch mit Breecheshose, in den schönsten Mustern ... Größe 7 von M. 1300 bis 320,00

Burschen-Waschanzüge aus festen Drell- oder Zwirnstoffen ... von M. 500 bis 240,00

Jünglings-Anzüge in Jackettform, aus guten Wollstoffen, modern verarbeitet ... Größe 12 von M. 2000 bis 900,00

Jünglings-Anzüge in Sportform m. Breecheshose aus Homespun und Fischgrätstoffen ... Größe 12 von M. 2100 bis 1000,00

Strohhüte u. Filzhüte, Trikotagen, Rucksäcke, Badeanzüge, Sportgürtel, Stöcke *in großer Auswahl, sehr preiswert!*

Anfertigungen nach Maß unter Leitung erprobter Meister

BAER SOHN

Livreen für Behörden, Banken u. industrielle Unternehmungen

Berlin nur Chausseestrasse 29-30

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ Uhr **Der Verschwender**

Neues Volkstheater Köpenicker Straße 68 7½ Uhr: **Schuster Aiolos**

Staats-Theater Opernhaus 6 Uhr **Schatzgräber**

Schauspielhaus 7½ Uhr **Die Höhe des Gefühles**

Deutsches Theater 7½ Uhr: **Pottasch und Perlmutter**

Kammerspiele 19.—26. Geschlossen

Großes Schauspielhaus 7½ Uhr **Die versunkene Glocke.**

„Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler" im Theater i. d. Königgrätzer Str. Tägl. 8 Uhr

Komödienhaus: Tgl. 8 U. **„Gretchen"** *Glässner, Roberts*

Berliner Theater 7½ Uhr: **Madame Flirt**

Walhalla-Theater 7½ Uhr **Gasthaus zur Liebe**

ROTTER-BÜHNEN Täglich 8 Uhr:

Residenz-Theater **Eine Frau ohne Bedeutung**

7½ Trianon-Theater **Moral** v. Ludw. Thoma

Wallner-Theater 7½ Uhr. **D. beiden Nachtigallen**

Theater am Nollendorfplatz 7¾ Uhr **Verliebte Leute**

Theater des Westens (Rose-Theater) 5 Uhr. Berlin — Wien — Revue...

Berliner Prater Kastanien-Allee 7/9 Täglich 7½ Uhr **Die Prinzessin vom Nil** Operette in 3 Akten, dazu Spezialitäten-Programm. Beginn d. Konzerts 4½ U.

Theater am Kottbusser Tor Tägl. 7½ Uhr **Elite-Sänger** Volkspreise

Neue Welt Arnold Scholz Hasenheide 108 114

Donnerstag, d. 22. Juni 1922

Elite-Tag

Großes Konzert u. Varieté-Vorstellung 14 Riesen-Attraktionen

u. **Gr. Riesen-Brillant-Feuerwerk**

Im Neuen Saal: **BALL**

Einlaß 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9

Heute Donnerstag

Großer Volkstag

mit Preisermäßigung, unter anderem

Die Prinzessin vom Nil

Operette in 3 Akten

Beginn 5 Uhr Beginn 5 Uhr

Metallschleifer

für Telefonteile

verlangen

Ludwig Sudicatis G. m. b. H.

Boxhagener Str. 76/78.

Berliner Elektriker-Genossenschaft E. G. m. b. H.
Berlin-Lichtenberg, Gitterpatstr. 24, Tel.: Lichtenberg 247.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva	Mk.
Inventar-Konto	1 721,—
Material-Konto	36 567,90
Kassa-Konto	117,87
Bank-Konto	6149,13
Postscheck-Konto	1573,31
Konto-Korrent-Konto:	
Forderungen	91 972,80
Kautionen	160,—
Begonnene Arbeiten	24 298,47
Summa	164 084,48

Passiva	Mk.
Geschäftsanteil-Konto	9659,—
Reservefonds-Konto	14 841,06
Zinsen-Konto	300,80
Darlehns-Konto der Mitglieder	56 070,—
Betriebsschulden	5 092,—
Konto-Korrent-Konto:	
Warenschulden	70 353,08
Akonto-Zahlungen	5 059,50
Gewinn	559,10
Summa	164 084,48

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1920: 37. Eingetreten: 0. Ausgetreten: 1. Mitgliederzahl am 31. Dezember 1921: 36. Die Mitglieder-Geschäftsguthaben betragen am 31. Dezember 1921: 9659,— Mk. Die Haftsumme, für welche am 31. Dez. 1921 alle Genossen aus. aufzukommen haben, beträgt 42 Geschäftsanteile à 400,— Mk. = 16800 Mk.

Der Vorstand
Fritz Lindau. Rudolf Milatz. Otto Stäcker.

Büroräume

zur Einrichtung einer Abteilung unseres Verbandes, unter Angabe der Größe und des Mietzinses

gesucht.

Metallarbeiter-Verband Berlin Linienstr 83-85.

Automaten-Einrichter

Wüttig-Offenbacher für Werk Steglitz

verlangen

Ludwig Sudicatis G. m. b. H.

Boxhagener Straße 76—78

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Bettwäsche billigst! Enorm billiger Verkauf. Bettbezüge 130, 198, 275, Bettlaken 94, 140, 195, federdichte Inletts 325 an. Prima überschlaglaken 375—475, Paradekissen, fadenständiges Hemdentuch 38, Dimtit, Damast, Küchen, Handtücher, nur beste Qualitäten, fabelhaft billig. Fensterwaren unter Selbstkosten! Riesenauswahl. Zuvorkommende fachmännische Bedienung. Wäschefabriken Stumpf u. Jäger, Kottbuser Damm dreiundfünfzig, Landsberger Straße achtundachtzig. Größte Spezialfabriken für Bettwäsche.

Auf Teilzahlung! Moderne Herrengarderobe in vornehmster Ausführung, bequeme diskrete Teilzahlung. Gebrüder Zeniger, Oranienburger Str. 58 Seitenfl. (Nähe Oranienburger Tor). Geschäftszeit von 9—7. Hausnummer genau beachten.

Silberfüchse 400.—, Kreuzfüchse, Wölfe, Weißfüchse, Zobel, Herren-Sport-Gehpelze 50 Prozent herabgesetzt. Ferner sämtliche Herren- und Damenbekleidung, Teppiche, Gardinen, Wäsche, verkauft Leihhaus Moritzplatz 58a (Keine Lombardware.)

Bettwäsche billig. direkt aus Fabrik. Garnitur, Oberbett mit Kissen 195.—, 290.—, 350.—, Bettbezüge ohne Naht 290.—, Bettlaken 96.—, Inletts 290.—, Kessel 75.—, Handtücher 19,50. Wäschestoffe Tischtücher, bunte Bezüge zu rücksichtslos ermäßigten Preisen, — Ueberschlaglaken, garnierte Kissen enorm billig. Konkurrenzlose Massenauswahl. Streng reelles Angebot. Berliner Bettwäschefabriken; Puttkamerstraße 1 (Ecke Wilhelmstraße), Chausseestraße achtundachtzig (Haltestelle Liesenstr.). Größte Spezialfabriken mit Detailverkauf. Geöffnet 8½ bis 7.

Central-Leihhaus Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstr., tägl. Verkauf von hocheleganten Straßen-, Cutaway-, Smoking- u. Frack-Anzügen sowie Schlüpfern u. Raglans zu spottbillig. Preisen. (Keine Lombardware).

Nirgends besser kaufen Sie erstklassige Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Covercoats, Streifhosen usw., in unübertrefflicher Auswahl konkurrenzlos billig. Sämtliche Waren sind Ersatz für Maßverarbeitung. Große Belgmoren-Gelegenheitskäufe. Keine Lombardware, Leihhaus Brunnenstr. 5, direkt Rosenthaler Tor.

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, mod. Maßarbeit, bequeme diskrete Ratenzahlung, reichhaltiges Lager, stets Eingang von Neuheiten, Leiser Gottlieb, Kollendorfstraße 22a, 2. Etage, Nähe Kollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Bettwäsche allerbilligst! Durch rechtzeitigen günstigen Wareneinkauf, echt billiger Verkauf. — Deckbettbezüge von 135, Kissen 38, Laken 84, Inletts 295.—, Wäschestoffe 35.—, Handtücher 22,50, Ueberschlaglaken, Paradekissen, herrliche Stickereibezüge, Dimiti, Damast, beste Qualitäten rätselhaft billig. Riesenauswahl. Reelle fachmännische Bedienung. Aussteuer Sonderrabatt Aelteste Spezial-Bettwäschefabrik, Gräfestraße neunundbreißig (Hasenheide), Brunnenstr. 10 (Rosenthaler Platz).

Möbel

Chaiselongues 325, Metallbetten 300, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstellen, Weiße, Augustst. 32a, Quergeb.

Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34, noch billige Gelegenheitskäufe in neuen u. gebrauchten Schlafzimmern; Küchen von 1000.—, Schreibtische, Sofas, Stubeneinrichtung 3000.—.

Chaiselongues, Umbausofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 450.— an. Walter, Eisgarder Straße achtzehn

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 162.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Goldkerzen, alte, dreipolige, Kugellager, kauft Autofeuler, Oberberger Straße 1.

Altmetalle und Angellager kauft zu höchsten Tagespreisen, Bock, Markusstraße 27c.

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Straße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Fahrräder

Fahrradankauf. Linienstr. 19.

Fahrradankauf höchstzahlend, Brückner, Gitschiner Straße 78.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54

Achtung! **Achtung!**
Heute, Donnerstag, den 22. Juni 1922, abends 7 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Metallformer und Berufsgenossen im „Englischen Garten", Alexanderstraße 27, r.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung über die neuen Verhandlungen mit dem Besitzer Berliner Metallgießereien.
2. Verbandsangelegenheiten.

Zutritt haben alle Kollegen aus den Betrieben.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Achtung! **Achtung!**
Die Branchen-Versammlung der Zigarettenmaschinenführer und Betriebshandwerker findet nicht Donnerstag, den 22. Juni, sondern Donnerstag, den 29. Juni, in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, statt.

Achtung! **Achtung!**
Freitag, den 23. Juni 1922, nachmittags 4 Uhr, **Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Konferenz** der Geldschrankindustrie im Lokal Badstraße 40—41.

Tagesordnung:

1. Bericht der Kommission zur Durchführung des Tarifvertrages.
2. Branchenangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Achtung! **Eisenbahner!** **Achtung!**
Am Freitag, den 23. Juli, abends 5½ Uhr, findet im Lokal von Neuhold, Linienstr. 195, eine Funktionärkonferenz aller in den Eisenbahnbetrieben beschäftigten und im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen statt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Alle Werkstätten müssen vertreten sein!

Die Ortsverwaltung.

Heilanstalt

für inn. u. äuss. Krankheiten, Nervosität, Magen- u. Verdauungsschwäch., Mattigkeit, Angstgefühl, Kopf- u. Rückenschmerz., Herz-, Nier.-, Leb.- u. Gallenleid., Haut-, Harn- und Frauenleiden. Syph. schnelle, schmerzlose Behandlung.

Untersuch. u. Berat. kostenl.

G. Andres, Invalidenstr. 147, I. Et.

Sprechst. 9—1 u. 3—8

Zahngebisse! Platin-, Gold- u. Silberschen, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Glühstrumpfasche kauft zu hohen Preisen Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31

Sämtliche **Metalle** kauft v. Gewerbetreibenden, Händlern u. Fabriken **Schulzendorferstr. 2**

Altmetalle zahlt hohe Preise, Oderberger Str. 1, Reinickendorfer Str. 107.

Rauchtabak Pfund 18 Mark

Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold schag. . . 27 M.

Rand Gr. Hamburger Straße 1.

Der Gewerkschaftskongreß in Leipzig

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 21. Juni.

Der größte Teil des heutigen Vormittags war ausgefüllt mit dem Schlußwort Leiparts und der Abstimmung über die zahlreichen, zum Geschäftsbericht gestellten Anträge. Es wiederholte sich das hier schon gewohnte Bild, daß die sich als Mehrheit fühlende Rechte glaubt, der Opposition die Ueberzeugung und die Ehrlichkeit absprechen zu können. So gestattete sich Leipart, in seinem Schlußwort die Kritik des Genossen Dißmann als unaufrichtig zu bezeichnen. Das waren Schmähungen, die unser Genosse nur in einer scharfen persönlichen Erklärung zurückweisen konnte. — Die Abstimmung war überreich an Unklarheiten, hervorgerufen nicht zuletzt durch die gestrige plötzliche Abwürgung der Diskussion, die nicht einmal der Redaktionskommission erlaubte, ihren Bericht zu erstatten.

Bemerkenswert war die **einmütige Annahme des Antrages unserer Freunde, der die Aufnahme des Kampfes um die zehn Forderungen und insbesondere für die Erfassung der Sachwerte verlangt,** nachdem Genosse Dißmann ausdrücklich erläutert hatte, daß unter den Mitteln zur Durchsetzung der Forderungen im äußersten Falle auch der Generalstreik angewendet werden müsse. Es bleibt abzuwarten, inwieweit nunmehr sich die SPD. bereit finden wird, auch ihrerseits den Kampf für die Sachwerterfassung aufzunehmen.

Die Rede Nörpels zur Frage **„Betriebsräte und Gewerkschaften“** zeichnete sich durch besondere Plattheit aus. Der Kongreß hörte die Rede denn auch kaum an. Im wesentlichen war sie eine Verteidigung der Unternehmersabotage und eine Anklage gegen die Arbeitnehmer. Nörpel zufolge gibt es überhaupt keine Unternehmersabotage. Irgendwelche Anregungen oder neue Gedanken brachte das Referat nicht; Es bezweckte nur eine Entmutigung der Betriebsräte. Erfreulicherweise wurde **Nörpel** in der Diskussion die nötige Antwort nicht erspart. Sämtliche Diskussionsredner, mit einer einzigen Ausnahme wendeten sich mit aller Entschiedenheit, zumeist auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen, gegen die Grundauffassung Nörpels. Die von Nörpel vorgelegte Entschließung fand schließlich gegen die Stimmen der USP. und KPD. Annahme, ebenso eine Resolution Brey, während eine von **Genossen Simon** eingebrachte, die elementarsten Forderungen aufzählende Resolution abgelehnt wurde. War der Zweck dieses Kongresses bisher noch unklar gewesen, die Ablehnung dieser Resolution hätte erwiesen, daß dem 11. Gewerkschaftskongreß an einer aktiven Förderung und Stärkung der deutschen Arbeiterschaft wenig gelegen ist. Durch die Ablehnung wird die Bedeutung der am Vormittag hergestellten einmütigen Zusammenarbeit stark in Frage gestellt. Bemerkenswert ist jedoch, daß **ein großer Teil von Rechtssozialisten für die Resolution Simon** gestimmt hat.

Die vom Genossen Simon eingebrachte Resolution zu Punkt 3 der Tagesordnung lautet:

I.

Das Betriebsrätegesetz hat sich in der Praxis nicht als geeignet erwiesen, das eigentliche Ziel der Betriebsräteinstitutionen, eine wirksame Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter durchzuführen, realisieren zu lassen.

Dennoch müssen die Betriebsräte im Verein mit den Gewerkschaften ihre Versuche fortsetzen, auf dem Kampfesboden des Gesetzes und in engster Zusammenarbeit mit den Angestellten eine Erweiterung der Rechte zu erstreben, sich eine gründliche Schulung und wirtschaftliche Kenntnisse anzueignen.

Der Kongreß unterstreicht noch einmal die auf dem 1. Reichsbetriebsrätekongreß vom A.D.G.B. und der Afa aufgestellten Forderungen, für deren Verwirklichung praktische Maßnahmen zu treffen sind.

Er fordert eine Revision des Betriebsrätegesetzes im Sinne der Beseitigung seiner zahlreichen Unklarheiten und Verwandlung der Scheinrechte zu wirklichen Rechte der Mitbestimmung und wirksamen Kontrolle der Produktion.

II.

Insbesondere ist unverzüglich eine Abänderung des § 50 des BRG. durch eine Novelle herbeizuführen, welche die dringende notwendige Zusammenfassung der Betriebsräte bei der stets stärker sich durchsetzenden Konzernbildung zu Konzernbetriebsräten vorsieht, die in gleicher Weise wie die einzelnen Betriebsräte im engsten Zusammenwirken mit den Gewerkschaften ihre Tätigkeit zu entfalten haben.

III.

Bei Inkrafttreten des Gesetzes über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat setzte eine systematische Gesetzessabotage unter Führung des Reichsverbandes der deutschen Industrie ein. Bereits in Dutzenden von Fällen gingen dementsprechend Gesellschaften dazu über, Satzungsänderungen vorzunehmen, wonach die wichtigen Rechte dem Aufsichtsrat weggenommen und dem Aufsichtsratsvorsitzenden oder einem besonderen Ausschuß übertragen wurden, in dem der Betriebsrat keine Vertretung hat. Ein anderer Weg der Sabotage besteht darin, wichtige Erledigungen auf dem Zirkularwege unter Umgehung der Betriebsratsdelegierten vorzunehmen. Da die Betriebsratsdelegierten auf Grund des Gesetzes die gleichen Rechte und Pflichten haben sollen wie die übrigen von der Generalversammlung gewählten Mitglieder des Aufsichtsrates, während ihre Pflichten voll besehen bleiben, fordert der Kongreß den Bundesvorstand auf, gemeinsam mit dem Vorstand des Afa-Bundes alsbald die nötigen Schritte zu unternehmen, die dieser systematischen Gesetzessabotage Einhalt gebieten.

IV.

Der Kongreß beschließt ferner: Die aufgestellten Kandidaten zu Betriebsräten müssen einer dem ADGB. oder dem Afa-Bund angeschlossenen Organisationen anzehören. Für die Auswahl der Delegierten darf lediglich die gewerkschaftliche Erfahrung und die Tüchtigkeit maßgebend sein.

*

Verhandlungsbericht

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 21. Juni

Aus der Rede des Genossen Dißmann

die wir gestern kurz brachten, wollen wir noch folgendes nachtragen:

Es liegt uns fern, jemanden persönlich verletzen zu wollen. Klar ist, daß die Mitglieder des Bundesvorstandes ihrer Arbeit von ihrer Grundauffassung ausgehend den Stempel aufdrückten. **Drei Fragen beschäftigen uns heute in erster Linie:**

1. **Wie sichern und bessern wir die Rechte der Arbeiterklasse?**
2. **Wie können wir dem Sozialismus die Wege ebnen?**
3. **Wie können wir im Kampf und in der Arbeit am besten die gewerkschaftlichen Kräfte auslösen?**

Schon in Nürnberg haben wir auf die verderblichen Folgen der Kriegspolitik hingewiesen und gewarnt.

Seit Nürnberg wurde die Arbeiterschaft in die Defensive gedrängt, sowohl auf dem Gebiet der Sozialpolitik als dem der Wirtschaftspolitik.

Das Tarifrecht ist in Gefahr,

trotz des Abkommens in der Arbeitsgemeinschaft suchen sich die Unternehmer von den Fesseln der Tarifgemeinschaft zu befreien.

Nicht besser steht es mit dem Koalitionsrecht, wie der Streik der Eisenbahnbeamten bewiesen hat. Die Taktik der Regierung diesem Streik gegenüber beweist aber, **wie fadenscheinig die Erklärung Leiparts ist,** daß, solange sozialistische Minister in der Regierung seien, der Achtstundentag gesichert wäre. Das brutale Vorgehen des sozialistischen Reichspräsidenten und der Koalitionsregierung den Streikenden gegenüber beweist es.

Es bedeutet aber, den Unternehmern direkt in die Hände arbeiten, wenn das „Korrespondenzblatt“ herauszukonstruieren sucht, daß ein Unterschied bestände zwischen dem Koalitionsrecht und dem in der Verfassung gewahrten Vereinigungsrecht und bei der letzteren Bezeichnung das Streikrecht nicht einbezogen sieht. **Die zahlreichen Maßregelungen der Eisenbahner nach dem Streik beweisen: der Streich galt nicht nur den Beamten, sondern — sind diese entrechtet, dann kommen die Eisenbahnarbeiter und schließlich weitere Arbeiterkategorien dran!**

Unsere Warnung, ob der zahlreichen Maschen, die

das Betriebsräte-Gesetz

bietet, hat sich nur allzu sehr als berechtigt herausgestellt; das gilt speziell auch für die in den Aufsichtsrat entsandten Delegierten der Betriebsräte, die in systematischer Weise und ungehindert durch die Koalitionsregierung entrechtet werden können.

Die vorliegende Schlichtungsordnung ist unannehmbar!

In der Dunkelkammer des Reichswirtschaftsrates haben die Vertreter des ADGB. zunächst dem Strangulierungsparagraphen 55 zugestimmt. Als wir dann im Bundesausschuß dagegen Sturm liefen, erklärte man uns: Ja, auf einem anderen Wege war keine Verständigung mit den Arbeitgebern zu erzielen! Der Ausschuß hat darauf den § 55 zurückgewiesen und es kam eine Umarbeitung des Entwurfs zustande. Die Vorlage ging zurück an den Reichswirtschaftsrat und es wurde mit Christen und Hirschen keine Einigung erzielt. Dann gingen aber einzelne Mitglieder ohne Wissen des Vorstandes dazu über, sich mit den Christen und Hirschen noch einmal hinter den Kulissen zusammenzusetzen und ein Kompromiß zustande zu bringen, das dann allerdings auch der Bundesvorstand ablehnen mußte. Das ist der schlagendste Beweis für die durchaus falsche Einstellung, die die Kollegen des Bundesvorstandes beherrscht.

Nicht anders ist die

Einstellung zur Technischen Nothilfe,

wenn das „Korrespondenzblatt“ nach der Bewilligung der 30 Millionen für diese Streikbrecherorganisation durch die SPD.-Fraktion schreiben konnte: „Die Haltung der Fraktion ist erklärlich“!

Der Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz ist ebenso unannehmbar, wie die Schlichtungsordnung. Die vielen darin vorgesehenen Ausnahmen bedeuten **eine vollkommene Durchlöcherung des Achtstundentages.**

Bei der Ausarbeitung des Entwurfes, der die Arbeitslosenfürsorge umwandeln sollte in eine Arbeitslosenversicherung hat sich der Reichsarbeitsminister erst die Rückendeckung des ADGB. geholt und sie auch erhalten, im Gegensatz zur erfreulichen Stellungnahme der AFA-Vertreter.

Denselben reaktionären Zug nehmen wir in der

Wirtschaftspolitik

wahr. Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus ist kein Schritt weiter vorangegangen, aber **wenn man mit Stinnes und Konsorten in der Koalition vereinigt ist, kann auch nicht den Kampf auf Leben und Tod um den Sozialismus führen.**

Die Lösung des Wohnungsproblems ist nicht lediglich möglich durch die Einrichtung der sozialen Bauhütten, sondern es muß auch mit der Sozialisierung der Baustoffe begonnen werden.

Die wiedereingeführte freie Wirtschaft hat die Ernährung des Volkes aufs äußerste gefährdet und die sozialistischen Minister in der Regierung erklären ihre Ohnmacht.

Man wird hinsichtlich der

Erfassung der Sachwerte

uns vielleicht noch berichten, daß nunmehr ein Programm ausgearbeitet worden ist. **Ich erkläre aber offen — ich glaube nicht, daß SPD. und ADGB. bereit sind, dafür zu kämpfen.**

Unter fremden Menschen

Von **Maxim Gorki.**

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz.
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin.

(64. Fortsetzung.)

Der Stiefvater saß da, ohne jemanden anzusehen, und kaute unaufhörlich, wie ein Taubstummer, an seinem Fleisch.

Einmal sagte der ältere Bruder zum jüngeren:

„Na, Viktor, nun hast du Französisch gelernt — jetzt mußt du dir auch eine Geliebte anschaffen!“

Der Stiefvater lächelte schweigend bei diesen Worten — das einzige Mal, daß ich ihn lächeln sah. Die junge Frau war empört über diese Bemerkung, warf den Löffel auf den Tisch und schrie ihren Gatten an:

„Schämst du dich nicht, in meiner Gegenwart solche Zoten auszusprechen?“

Gelegentlich besuchte mich der Stiefvater auf dem hinteren Flur, wo ich unter der Bodentreppe schlief und auf dem Flurfenster gegenüber meine Bücher las.

„Was lesen Sie denn?“ fragte er, den Tabakrauch ausstoßend, während aus seiner Brust ein heiseres Geräusch aufstieg.

Ich zeigte ihm das Buch, und er las den Titel.

„Das hab' ich, glaube ich, auch 'mal gelesen,“ sagte er und bot mir eine Zigarette an.

Wir rauchten und sahen durchs Fenster auf den schmutzigen Hof.

„Ich glaube, Sie sind gut befähigt,“ fuhr er fort. „Schade, daß Sie sich nicht weiterbilden können . . .“

„Ich lerne, so viel ich kann, ich lese viel . . .“

„Das ist nicht genug — Schule ist nötig, System . . .“

Ich fühlte mich versucht, ihm zu sagen:

„Sie haben Schule gehabt, mein Herr, und System — und was ist dabei herausgekommen?“

Er schien jedoch meine Gedanken zu erraten und fuhr fort:

„Wenn ein Mensch Charakter hat, kann die Schule viel für seine Ausbildung leisten. Nur sehr gebildete Menschen vermögen die Menschheit vorwärtszubringen . . .“

Einmal gab er mir den Rat:

„Sie sollten lieber von hier fortgehen — es hat keinen Sinn, daß Sie hier länger bleiben. Es bringt Ihnen keinen Nutzen . . .“

„Ich finde an den Arbeitern Gefallen . . .“

„Inwiefern?“

„Das Zusammenleben mit ihnen ist interessant.“

„Wohl möglich . . .“

Und ein andermal sagte er:

„Was für ein Gesindel sind doch unsere Leute hier . . . der Prinzipal und seine beiden Damen . . .“

Ich fuhr unwillkürlich zurück: die Szene fiel mir ein, da meine Mutter ein ähnliches Wort von ihm selbst gebraucht hatte.

„Sind Sie nicht auch dieser Ansicht?“ fragte er, als ich nicht sogleich erwiderte.

„Allerdings . . .“

„Na also . . . Ich sah es Ihnen an . . .“

„Das heißt — er gefällt mir . : .,“ bemerkte ich einschränkend.

„Gewiß, er ist ein guter Kerl . . . aber so komisch . . .“

Ich suchte die Unterhaltung auf die Bücher zu lenken, er schien jedoch kein Freund von vielem Lesen und sagte einmal zu mir:

„Lassen Sie sich von den Büchern nicht zu sehr hinreißen, die schildern alles viel zu kraß, entstellen die Dinge in dem einen oder andern Sinne. Die meisten Bücherschreiber sind kleine Leute, Menschen vom Schlage unseres Prinzipals . . .“

Diese und ähnliche Aeußerungen machten durch ihre Gewagtheiten einigen Eindruck auf mich.

„Haben Sie Gontscharow gelesen?“ fragte er mich einmal.

„Nur die ‚Fregatte Pallada‘.“

„Ein sehr langweiliges Buch, diese ‚Pallada‘. Sonst jedoch ist Gontscharow entschieden der verständigste russische Schriftsteller. Ich rate Ihnen, seinen ‚Oblomow‘ zu lesen, das ist sein kühnstes und aufrichtigstes Buch. Es ist überhaupt das beste Buch in der russischen Literatur . . .“

Ueber Dickens sagte er:

„Das ist abgeschmacktes Zeug, glauben Sie mir . . . Dagegen erscheint jetzt in ‚Nrewoje Wremia‘ ein Roman mit dem Titel ‚Die Versuchung des Heiligen Antonius‘, den müssen Sie lesen! Sie lieben ja wohl die Kirche und alle diese frommen Dinge. Die ‚Versuchung‘ wird Ihnen da sehr nützen . . .“

Er brachte mir selbst ein ganzes Paket von Zeitungsbeilagen, und ich las Flauberts eigenartigen Roman. Er erinnerte mich an die zahllosen Heiligenlegenden, die ich schon gelesen hatte, machte jedoch sonst keinen besonders tiefen Eindruck auf mich. Weit besser gefielen mir die „Aufzeichnungen des Tierbändigers Upilio Faimali“, die gleichfalls in den Beilagen erschienen.

Als ich dem Stiefvater das bekannte, sagte er ruhig:

„Sie sind eben noch zu jung, um solche Sachen zu lesen. Aber vergessen Sie dieses Buch auf keinen Fall!“

Zuweilen saß er eine ganze lange Zeit bei mir, ohne ein Wort zu sprechen, immer qualmend und hustend, während aus seinen schönen Augen Fieberglut strahlte. Ich sah ihn schweigend an und vergaß, daß dieser Mensch, der so schlicht und tapfer ohne ein Wort der Klage starb, dereinst meiner Mutter nahegestanden und sie bitter gekränkt hatte. Ich wußte, daß er mit irgendeiner Näherin zusammen lebte, und ich konnte es nicht verstehen, wie sie es über sich gewinnen konnte, diese langen Knochen zu umarmen und diesen Mund zu küssen, aus dem es schon ganz noch Verwesung roch. Er machte öfters unerwartet ganz eigenartige Bemerkungen.

„Ich liebe die Jagdhunde,“ sagte er einmal, „sie sind dumm, aber ich liebe sie. Sie sind sehr schön. Auch schöne Frauen sind oft dumm . . .“

Ich dachte nicht ohne heimlichen Stolz: Wenn du Königin Margot gekannt hättest!

Ein andermal sagte er:

„Alle Leute, die lange Zeit in demselben Hause zusammen leben, bekommen nach und nach ähnliche Gesichter.“

Ich trug alle solche Aeußerungen in mein Heft ein und empfand sie jedesmal als eine Wohltat. Alles, was sonst um mich herum gesprochen wurde, trug so sehr den Stempel der abgebrauchten, starren Phrase, war so farblos und fade, daß ich für jedes nicht ganz alltägliche Wort aufrichtig darüber dankbar war.

(Fortsetzung folgt.)

(Zurufe bei der SPD.) Ich habe das Recht, meine Ueberzeugung hier zum Ausdruck zu bringen, ebensogut wie Ihr, die ihr seit Jahr und Tag keine andere Politik macht, als die auf die Koalitionspolitik der SPD. eingestellte.

Ich weiß, daß der Bundesvorstand in seiner Tätigkeit nicht frei ist von Hemmungen, daß ihm wiederholt von den Vorsitzenden größerer Organisationen Vorwürfe über sein Vorgehen, wie z. B. im Falle der Auslieferung der Spanier gemacht wurden. Pflicht der Gewerkschaftskollegen muß es darum sein, dafür zu sorgen, daß auch in ihren Organisationen **eine andere Politik eingeschlagen wird. Das Wiedererstarken der Gelben zeigt uns die Gefahr,**

sobald die Stinnes-Leute die Gelben wieder stark aufgezüchtet haben, werden sie pfeifen auf die Arbeitsgemeinschaften!

Soll die Einigung des Proletariats aber zustande kommen, so muß eine andere geistige Einstellung sich vollziehen. Es ist dann auch **unmöglich**, daß sich die freie Gewerkschaftsbewegung eine Zeitung wie die **„Betriebsräte-Zeitung“ des ADGB. länger gefallen läßt.** Aufgabe des ADGB. und der Afa und hoffentlich, als dritte im Bunde, auch jetzt des Beamtenbundes muß es sein, voranzugehen und durch ihre Arbeit die Interessen und die Einheit des Proletariats zu fördern, durch ihren Kampfeswillen auch die drei sozialistischen Parteien mitzureißen. Dazu ist aber vor allem notwendig — **Vertrauen an die eigene Kraft, der Glaube an das, was unsere Vorkämpfer in einer viel schwierigeren Zeit erstrebt und erstritten haben.** (Langanhaltender Beifall.)

Nach dem Genossen Dißmann spricht **Brey vom Fabrikarbeiterverband** (SPD.): Er stellt an die Spitze seiner Ausführungen den Dank an die Bundesleitung und fährt dem Sinne nach fort: Ich möchte es als ein Verbrechen bezeichnen, Parolen aufzustellen, von denen ich weiß, daß die Arbeiterschaft nicht die Kraft zu ihrer Durchführung besitzt. **Die Absteckung von Grenzen in den Aufgaben des Bundes billige ich. Ich kenne keinen Gewerkschaftler, der nicht auch Sozialist wäre, aber der Glaube an die Sieghaftigkeit des Sozialismus kann keine Berge versetzen. Die ökonomischen Voraussetzungen für den Sozialismus sind heute nicht gegeben.** Eine sozialistische Insel kann nur das Werk eines Feuilletonisten sein. **Wir haben früher im Kampfe die ökonomische Entwicklung nicht genau erkannt. Die weitere Entwicklung steht vor uns wie eine Sphinx.** Die Konzentrationen vollziehen sich nach andern Tendenzen als vor dem Kriege. Sie entspringen häufig nur einem Kapitalmangel und sind nicht auf wachsende Stärke des Kapitals zurückzuführen. Zweimal hat der Bund zehn Forderungen aufgestellt. Einmal handelte es sich um die Arbeitslosigkeit, das andere Mal um Steuer- und Sozialisierungsforderungen. **Beide Male wäre jeder Kampf um die Durchführung der Forderungen von vornherein aussichtslos gewesen. Wir wären zum Weißbluten gekommen und hätten den Klassenkampf für das Unternehmertum geführt.** Zur Durchführung des Sozialismus gehört eine geistig einheitlich organisierte Arbeiterschaft. **Ein unbegrenztes Streikrecht könne es nicht geben.** Anspruch auf Pensionen und bedingungsloses Streikrecht sind unvereinbar. **An der Erstarkung der Reaktion trifft den Bund keine Schuld.** Sie ist in erster Linie auf die Zersplitterung der Arbeiterschaft zurückzuführen. Im November hat die Einheitsfront bestanden, sie ist aber von den Kommunisten zerstört worden. Die Arbeitsgemeinschaft ist das Werk der einzelnen Verbände. Der beste Kampf gegen die Technische Nothilfe wird dadurch geführt, daß die Gewerkschaften dafür sorgen, daß sie nicht gebraucht werden. Die Arbeitsgemeinschaften verdienen den gegen sie erhobenen Tadel nicht. Sie ebnen vielmehr den Weg zum Sozialismus. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Die Mandatsprüfungskommission läßt durch Richter-Erfurt Bericht erstatten. **Danach sind auf dem Kongreß 7574825 Mitglieder durch 690 Delegierte vertreten.** Sämtliche Mandate werden schließlich für gültig anerkannt.

Gertrud Faber (KPD.) beanstandet, daß nichts mehr für die Frauenbewegung geschieht.

Poeplow-Bauarbeiterverband: Für die Lösung der Wohnungsfrage muß mehr als bisher geschehen. Das Reich muß größere Mittel zur Verfügung stellen, die der Förderung des Wohnungsbaues dienen. Eine von ihm eingebrachte Entschließung wird angenommen.

Koenen-Merseburg (KPD.) verteidigt die Fraktions- und Zellenbildung der KPD. in den Gewerkschaften und greift den Bundesvorstand wegen seines Beschlusses gegen die Rote Gewerkschaftsinternationale an.

Weber-Remscheid (KPD.) greift die Haltung des ADGB. im Eisenbahnbeamtenstreik an.

Oriopp-Essen (USP.): Nicht die Anerkennung der Fraktionen ist von Bedeutung, sondern maßgebend ist letzten Endes die Beachtung des Willens der Massen. Dieser wird durch die vorliegenden Anträge zur Sachwerterfassung ausgedrückt. Darüber könne auch die Zusammensetzung des Kongresses nicht hinwegtäuschen. Wenn der ADGB. die Massen zur Tat aufruft, wird er sie hinter sich finden. Besonders wenn er die Erfassung der Sachwerte verlangt. **Der ADGB. ist aber die beste Stütze der Koalitionsregierung.** Im Parlament ist eine Mehrheit für die zehn Punkte unmöglich. In der Schlichtungsordnung muß **auch der § 116** gegeißelt werden, der eine Fessel für die Staats- und Gemeindearbeiter darstelle.

Außer der Technischen Nothilfe gibt es eine zweite Streikbrechergarde dadurch, daß die Beamten versichert werden gegen Unfälle im Falle ihres Einsetzens bei Streiks.

Fleischer (KPD.) kritisiert die Steuerpolitik der Koalitionsregierung.

Kotzur (SPD.) Die Haltung des ADGB. in der Streikrechtsfrage sei durchaus korrekt. Der Deutsche Beamtenbund habe bisher die Reaktion immer unterstützt. Deshalb mußten sich die fortschrittlich gesinnten Beamten zu einem besonderen Bund zusammenfinden. Der neuen Organisation gehöre die Zukunft. Leider habe der „Vorwärts“ noch bis vor kurzem für den alten Beamtenbund Propaganda gemacht.

Schumann (Halle (KPD.) begründet einen Antrag auf Freilassung der Gefangenen.

Nachdem noch ein Vertreter der SPD. gesprochen hatte, wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. **Gen. Knies** (USP.) sprach gegen diesen Antrag unter Hinweis auf die Wichtigkeit des Tagesordnungspunktes und den Umstand, daß bisher noch kaum Vertreter der Betriebe zu Worte gekommen seien. Der Antrag wird mit Mehrheit angekommen und die Debatte geschlossen.

*

Dritter Verhandlungstag.

Leipzig, Mittwoch, 21. Juni.

Nach Eröffnung der Vormittagssitzung erhält **Leipart** das Wort zur Schlußrede zum Geschäftsbericht. Aus der Diskussion sei nur die Rede von Brey (Fabrikarbeiter-Verband) etwas wert gewesen und die Bundesleitung spreche ihm dafür den Dank aus. Leipart verbreitet sich dann des längeren über die Agitationsmethoden der Kommunisten und greift heftig unseren Genossen Dißmann an.

Wegen Raummangels müssen wir die Rede Leiparts bis morgen zurückstellen.

Folgende Anträge zum Geschäftsbericht wurden angenommen:

Zu den 10 Forderungen (einstimmig)

„Der 11. Deutsche Gewerkschaftskongreß macht sich die von den Vorständen des ADGB. und der AfA. im November 1921 aufgestellten zehn Forderungen zu eigen. Indem der Kongreß mit Entrüstung konstatiert, daß diese Forderungen bei dem zwischen den Koalitionsparteien unter Einschluß der Deutschen Volkspartei abgeschlossenen Steuerkompromisses keinerlei Berücksichtigung gefunden haben, betont er, daß die aufgestellten zehn Punkte **ein realisierbares und keineswegs nur theoretisches Programm darstellen.** Eine grundlegende Steuerreform bildet aber die Voraussetzung dafür, daß die Lage der arbeitenden Klasse endlich zu einer erträglicheren gestaltet werden kann.

Der Kongreß beschließt daher, den Bundesvorstand zu beauftragen, die Macht der Gewerkschaften in jeder nur möglichen und geeigneten Weise unter Zuhilfenahme aller gewerkschaftlichen Kampfesmittel dafür einzusetzen, daß die von ihm selbst aufgestellten Forderungen, insbesondere die Erfassung der Sachwerte, praktisch durchgeführt werden.“

Gegen den Brotwucher (einstimmig)

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von dem kritischen Stand der parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide.

Angesichts der Gefahr, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages dem Drängen nach freier Wirtschaft folgt, unterstützt der Kongreß in letzter Stunde nochmals einmütig alle Forderungen des ADGB., die in der Frage der Brotversorgung dem Reichstag, der Reichsregierung und den Regierungen der Länder rechtzeitig unterbreitet wurden.

Der Kongreß fordert, daß der Reichstag dem Gesetz eine Fassung gibt durch die die Brotversorgung der versorgungsberechtigten Bevölkerung in ausreichendem Maße zu erschwinglichen Preisen bei Deckung der Produktionskosten, aber unter völliger Ausschaltung von Konjunktur- und Valutagewinnen sichergestellt wird.

Indem der Kongreß nochmals auf die Folgen der von gewissen Kreisen der Landwirte geforderten freien Wirtschaft in der Brotversorgung hinweist, erklärt er, daß er für die mit Sicherheit eintretenden katastrophalen Zustände jede Verantwortung ablehnt.“

Protest gegen die Bolschewikijustiz

(Gegen die kommunistischen Stimmen.)

„Der 11. Gewerkschaftskongreß als Vertreter von zirka 8 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erhebt flammenden Protest **gegen die in Moskau getriebene Sowjetjustiz** gegen die Sozialrevolutionäre. Der Kongreß erwartet, daß die Sowjetregierung sofort eingreift, um dem in Berlin gegebenen Versprechen Erfüllung zu verschaffen. Der Kongreß erwartet weiter, daß seitens der Sowjetregierung alles unternommen wird, um der Verteidigung ihre Aufgabe, die Empfindungen und Rechtsauffassungen des internationalen Proletariats vorzutragen zu ermöglichen und ihr gerecht zu werden. **Weiter appellieren wir an das gesamte russische Proletariat mit allen Mitteln dafür zu wirken, daß für unsere angegriffenen Arbeitsgenossen in Rußland volle Freisprechung erfolgt.**

Felsmann und Genossen.“

Für die politische Amnestie

Der Kongreß fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften auf, alle Mittel anzuwenden, um den politischen inhaftierten und verfolgten Klassengenossen die Freiheit zu erkämpfen.

Mit Dreiviertel-Mehrheit wird dem Bundesvorstand das Vertrauen des Kongresses ausgesprochen.

Die amerikanische Heeresstärke

Der Senat und die Kammer haben sich über den Mannschaftsbestand der Armee geeinigt. Die Armee soll künftig 125 000 Mann zählen, d. h. 8000 Mann mehr, als der Senat vorgeschlagen und 10 000 mehr als ursprünglich die Kammer vorgeschlagen hatte. General Pershing hatte gefordert, daß der Mannschaftsbestand auf 150 000 Mann festgesetzt werde.

Die endgültige Festsetzung der Grenze Oberschlesiens durch den deutsch-polnischen Vertrag von Genf.

Am Fuß des Vulkans

Der neue Ausbruch des Kamerungebirges.

Wochenlang in einem Aschenregen zu leben, in einem Meere, daß eine Temperatur von über 50 Grad hat, gekochte Fische zu fangen, eine Bootfahrt zu machen, die einem heißen Wannenbad gleichkommt, das Bewußtsein zu haben, daß sich ein glühender Lavastrom in einer Breite von über 400 m langsam, aber unablässig nähert und auf diesem Wege alles Leben in Tod verwandelt, — das sind Sensationen, die Nerven von Stahl erfordern. Die Bewohner des Kameruner Hafenplatzes Bibundi sind es, die gegenwärtig diese Feuerprobe durchmachen.

Daß der höchste Gebirgsstock an der afrikanischen Westküste, das Kamerungebirge in unserer ehemaligen Kolonie, das sich über 4000 m hoch erhebt, vulkanischer Natur sei, hatte man lange angenommen, glaubte seine Krater jedoch erloschen, als nach 50jähriger Ruhe etwa ein heftiger Ausbruch im April 1909 das Gegenteil bewies. Damals mußte der Regierungssitz von dem am Südostabhang des Gebirges in 930 m Meereshöhe gelegenen Buea zeitweise verlegt werden. Nun ist der Vulkan aufs Neue in Tätigkeit. Nach einem unter dem unmittelbaren Eindruck des Ausbruchs geschriebenen Brief scheint man jetzt mit der Zerstörung des nordwestlich vom Gebirge gelegenen Küstenplatzes Bibundi rechnen zu müssen.

Seit dem 21. Februar ist der neue Krater lebendig. In der ersten Hälfte des März war der Vulkan dauernd durch schwarze Wolkenmassen verhüllt, aus denen dann und wann ein blitzartiges Aufleuchten brach, das erkennen ließ, daß sich bereits ein Kegel von beträchtlicher Höhe gebildet hatte. Die bis jetzt ausgeströmten Lavamassen sind ungeheuer; die Annahme, daß sich 40 Millionen Kubikmeter an den Berghängen aufgetürmt haben, dürfte nicht zu hoch gegriffen sein. Immer neue Massen wälzen sich herab. Jede Nacht hängen Wolken über den Lavamassen, purpurrot und schwer, zuweilen so intensiv leuchtend, daß dadurch die Veranden der ganzen Niederung erhellt werden. Der Aschenregen, der bei Berawind am stärksten fällt, aber nie völlig aussetzt, zieht sich über eine Strecke von 40 Kilometern hin. In der Nacht zum 17. März war er am stärksten. Morgens hatte sich das Aussehen der ganzen Landschaft verändert. Das saftige Grün war von einer unheimlichen schwarzen Farbe überzogen. Zum Glück fällt trotz der Trockenheit bisweilen ein kurzer, aber heftiger Regen (eben als Folge der Wolken um den Vulkan), der die Pflanzen wieder reinwäscht. Zuweilen ist der Regen auch selber pechschwarz und spült dann die Farbe nicht weg, sondern färbt die Vegetation um so gründlicher. Die schwächeren Pflanzen drückt die feuchte Asche gänzlich zu Boden. Wenn die Sonne die Asche erwärmt, verbrennen die Blätter geradezu und verdorren. Am schlimmsten ist der Wald zwischen Debundscha und Bibundi mitgenommen. Eine Herde von Meerkatzen konnte man während einiger Tage in der Nähe der Straße beobachten, die sonst so lebhaften Tiere saßen stumm und unbeweglich da. Sie litten bestimmt Hunger. Gras- und Laubfresser wie Antilopen und Elefanten haben die Gegend verlassen und sind weiter nach Süden gezogen. Pferde und Rinder haben natürlich beim Weiden eine Menge Asche verschluckt, was der Milch einen unangenehmen bitteren Geschmack gibt, der sie fast unverwendbar macht. Oefters mußte man die Dachrinnen von der wassergetränkten Asche befreien, damit sie nicht brachen.

Am 5. März drang die Lavamasse zum ersten Mal bis in die Plantage von Bibundi ein. Der kleine Fall des Bachs Moliwe wies zwar dieselbe Wassermenge auf, wie sonst zu dieser Jahreszeit, doch war das Wasser so heiß, daß es dampfte, und alles Leben in dem Bach war erstorben. Tausende von toten Krabben verpesteten ihn. Am 7. März setzte sich die Lava wieder in Bewegung. Am folgenden Morgen war die Telephonverbindung zwischen Debundscha und Bibundi unterbrochen. Der Lavastrom hatte während der Nacht die Brücke über den Bach erreicht; er füllte nicht nur das ganze Tal, sondern war auch fünf bis sechs Meter hoch über die Brücke gestiegen, so daß die Telephondrähte abgerissen wurden. Am 8. abends konnte nach dem Schein der Lava festgestellt werden, daß sie bis ans Meer gekommen war.

Bereits am 6. hatte man in Bibundi bemerkt, daß ein neuer Lavastrom oben am Berg die Richtung nach Westen, dem Meere zu, eingeschlagen hatte und sich einen Weg durch den Urwald bahnte. Man mußte nun damit rechnen, daß dieser Strom mitten durch die Plantage südlich vom Moliwebach fließen würde. Während der folgenden Tage hörte man vom Vulkan her ein gewaltiges, ununterbrochenes Donnern, das auf eine neue Ueberraschung schließen ließ. Am 10. abends war die Telephonverbindung unvermutet wiederhergestellt. Es war einem Telephonarbeiter gelungen, über die heiße, aber seit 24 Stunden stillstehende Lava die Brücke zu erreichen und die Leitung auszubessern. Am folgenden Morgen jedoch war sie schon wieder unterbrochen, dieses Mal durch den neuen Lavastrom, der sich in einer Breite von 8- bis 400 Metern durch die Kakao- und Kautschukpflanzungen ergoß und dabei ein paar Kilometer Eisenbahngleis, 2 Arbeiterhäuser und eine kleinere Brücke mitriß. Die Geschwindigkeit des neuen Ergusses war so bedeutend, daß er bereits am selben Abend das 1½ Kilometer entfernte Meer erreicht hatte. Der Vulkan setzte sein Toben fort, die Lava floß ununterbrochen, so daß der Strom immer breiter wurde und sich immer weiter ins Meer hinaus ergoß. Rechts und links sandte er längere und kürzere Nebenströme aus. Der Kampf der beiden unversöhnlichen Elemente bot ein großartiges Schauspiel. Das Wasser kochte und stieß ohne Unterlaß riesige Dampfschwaden empor, die sich mit den schwarzen Rauch- und Aschewolken mischten, der Dampf ward wieder zu Flüssigkeit und fiel als Regen nieder. In einem Umkreis von mehreren Kilometern stieg die Temperatur des Wassers erheblich an, und ungeheure Mengen Fische wurden getötet. Man fand in der Nähe des Lavafeldes halbgekochte Fische und einmal sogar einen vollständig gargekochten.

Am 13. März schien sich der Vulkan beruhigen zu wollen; der Lavaerguß flaute ab, aber die Tätigkeit des Kraters hörte nicht auf. Schlacke und Wolken von Asche wurden immer noch emporgeworfen, und bald nahmen die Ausbrüche wieder zu. Das große Lavafeld versperrte jetzt den Weg und zwang die neuen Lavamassen nach Norden gegen Bibundi. Am 17. März hatte das Wasser vor Debundscha eine Temperatur von 50 Grad erreicht, und das, nachdem der Lavastrom bereits vier Tage zu fließen aufgehört hatte. 1 Kilometer von der Lava entfernt, betrug die Temperatur zwischen 35 und 40 Grad. Auch die Luft wurde warm und drückend und war vom Geruch verfaulter Fische erfüllt. Das Lavafeld selbst bot einen imponierenden, aber auch unheimlichen Anblick. Hie und da starrte ein Baumstamm aus der Masse heraus. Höher hinauf stieg Rauch auf von verkohlenden Stämmen. Das Lavafeld schießt wie eine Landzunge in einer Breite von ungefähr 1000 Metern ins Meer von der neuen Landzunge auf, deren südlicher Teil ungefähr 200 m vom alten Ufer entfernt ist. Nach Norden hin hat sich das Ufer um 300 m verschoben. Anzunehmen ist, daß die Lavazunge sich noch ein beträchtliches Stück unter dem Wasser hinzieht, da sich noch weit entfernt Dampfwolken von der Wasseroberfläche erheben. Hier ist die Temperatur des Wassers 50 Grad und die Luft von der Hitze eines römischen Bades.

Wie öde dieses Lavafeld auch jetzt ist, so dürften doch nicht viele Jahre verstreichen, bis das warme und feuchte Klima die außerordentlich lebenskräftige Vegetation belebt und neue Mittel und Wege gefunden hat, die Fläche mit frischem Grün zu überziehen. Da man indes einen neuen Lavastrom schon bei der großen und hohen Eisenbahnbrücke in nächster Nähe von Bibundi meldet, dürfte bei Abgang des nächsten Postboots von der ganzen Ortschaft nichts mehr vorhanden sein.

Groß-Berlin

Zentral-Viehhof

Die Nordringzüge von Stralau-Rummelsburg nach Westend sind immer stoppendicke voll, und wenn die heiße Sommersonne über den Dächern der Wagen steht, sind die Abteile heiß wie die Hölle.

Und Düfte und die zweifelhaftesten Gerüche zieh'n durch die Coupées dritter Klasse und drücken auf den Kopf und machen das Atmen schwer.

Mit Arbeitern und Arbeiterinnen sitzt und steht man hier zusammen, die aus den Fabriken kommen, oder wieder zur Frohn fahren.

Sie können sich nicht wie Kapitalisten und Modedamen täglich mehrmals vom Schweiß säubern, und in ihren schmutzigen Kitteln und Kleidern schleppen sie den Staub und den Gestank der Arbeitsstätten mit sich.

Sie sind mir immer vorgekommen wie Sklaven, um die, wo sie auch geh'n und steh'n, stets die Ketten klirren.

Eines Tages saß ich in einem solchen übervollen Abteil mit der verdorbenen Luft, und neben mir saß ein vornehmer Mann, der nach Parfüm duftete, was in dieser verpesteten Atmosphäre die Kopfnerven noch besonders peinigte.

Er sah sehr elegant aus und hat gewiß in seiner Wohnung Badeeinrichtung und alle Bequemlichkeit.

Der Teufel mag wissen, wie dieser feine Parfümjüngling in die dritte Klasse und unter die verschwitzten Fabriksklaven geraten war.

Ich bedauerte ihn aufrichtig, denn er schaute gar so hilflos und verzweifelt aus.

Von Zeit zu Zeit fächelte er sich mit einem feinen Batisttuch Frische zu und schnappte wie ein Fisch, der auf dem Trocknen sitzt.

Das sah nun wieder so kurios aus, daß ich die Lippen zum Lächeln kräuseln mußte, und auch ein paar Arbeiter und Arbeiterinnen kicherten.

Der feine Mann aber funkelte uns darob sehr feindselig an, und er wollte reden, sich rühren, aber da ratterte der Zug grade in den Bahnhof Zentral-Viehhof, und ein neuer Schwung schob sich in unser Abteil, Schlächter mit blutbespritzten Kitteln, und die neue Menschenwelle schloß ihm gewissermaßen den Mund. —

Vor den hohen, roten Hallen des Zentral-Viehhofes hielten Züge mit Schafen und Schweinen, Kälbern und Kühen, und ihr vielstimmiges, mißgestaltetes Konzert knallte einem nur so in die Ohren.

Einer der Schlächter erzählte, wie das so einfache und harmlose Menschen zu halten pflegen, die Freude an etwas haben und sich den Mitmenschen mitteilen müssen.

„Na, dat is nich' so leicht mit de Viechers. Eh' das so ausgeladen is und in de richt'gen Ställe bugsiert wird, det macht ja valleicht allerhand Schwierigkeiten. Aber bei de Viechers is det eben so: Wer nich' parieren will, kriecht mit de Peitsche . . . Na ja, weil et doch nu eben unvernünft'ge Viechers sind."

Auf der nächsten Station kletterte eine ältere Frau, krumm gebogen von der Arbeit, mit harten Gesichtszügen von dem Häßlichen, das sie immer um sich gehabt, in unser Coupée, einen Haufen Zigarrenkisten in der Hand.

„Donnerwetter!" sagte einer. „Det is ja allerhand. Woll'n Sie det alleens alleene roochen?"

„De Kisten sind leer, de will ick verkoofen. Zwanzig Jahre is man nun in de Zigarrenfabrike jejang'n, und nu komm'n im Juli de hohen Preise und nu steh'n ville Fabriken still, und man wird uff de Straße jeworfen. Und jeschuft hat man wie nich' jescheit. Na ja! Wat jab et dann? Fünfzehn Pfennig für dat Wickeln von hundert Zigarr'n. Und wenn so'n Sticke von Direktor schlechter Laune war, schmiß er einen de janzen Zigarr'n hin und man mußte noch mal von vor'n anfangen."

Jetzt aber legte der feine Mann mit dem Parfüm los.

Er konnte seine Empörung über das, was um ihn herum vorging, nicht länger halten.

„Das wird wohl nicht so schlimm gewesen sein," deklamierte er in sehr überlegenem Ton. „Sie vergessen, was Sie dem Fabrikbesitzer für Schwierigkeiten gemacht haben. Das war unvernünftig, und was sollte der Mann mit so unvernünftigen Menschen machen?"

Er schwieg erschöpft und schnappte nach Luft.

Ich aber dachte so bei mir daran, was der Schlächtergeselle vorhin gepredigt hatte: Wer nich' parieren will, kriecht mit de Peitsche, weil et doch unvernünftige Viechers sind.

Da sagte jemand zu der feinen Parfümflasche: „Mensch! Se müss'n Inspektor von 'n Zentralviehhof werd'n!"

Und alle lachten, und es war sehr lustig.

In diesem Augenblick hielt der Zug wieder, und der feine Mann haspelte sich aus dieser Hölle, und auf dem Bahnsteig noch hielt er sich die Nase zu und spuckte seinen Widerwillen und seine Wut auf die Steine, die doch nichts dafür konnten.

P. P.

Gefahr für die Berliner Laubenkolonien?

In der neuesten Nummer der Zeitschrift „Siedlung und Kleingarten" wird die Befürchtung geäußert, daß durch die staatlich begonnene Förderung des Wohnungsbaues und die Wohnungsbauausgabe den Groß-Berliner Laubenkolonien das Stündlich des Abbruches geschlagen habe. Von den allermeisten Laubenkolonien werde gemeldet, den Kleingartenpächtern sei gekündigt worden mit der Begründung, das Gelände „solle bebaut werden". Der von der Stadtgemeinde Berlin für das neue Wohnbauprogramm bestellte Generalsiedelungsdirektor habe auch auf bestimmte Anfragen über das Schicksal der Laubenkolonien nicht geäußert. Gewiß seien einzelne Kolonien nicht zu halten. Man solle aber endlich dazu schreiten, das bebaute Laubenland zur Förderung der stark beeinträchtigten Lebenskraft der unteren Volksschichten dem Stadtbebauungsplan als Dauerbestandteil einzuverleiben. — Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß die neugeschaffenen Kleingärtenämter jede Kündigung, die einen offenbar spekulativen Zweck verfolgt, z. B. die bessere Verpachtung als Lagerplatz usw., für rechtsunwirksam erklären. Gekündigte Laubenkolonisten sollen sich also nicht mit der bloßen Angabe, daß „gebaut werde", abspeisen lassen. Andererseits scheint aus der Zurückhaltung des städtischen Wohnungsbaudirektors und aus den vielen Kündigungen hervorzugehen, daß sehr zahlreiche Besitzer von Laubenland ihre Grundstücke zwecks Bebauung zur Verfügung gestellt haben. Es sieht so aus, als ob auf diese Angebote erst dann eingegangen wird, wenn der Tisch rein ist, also die Pächter durch Kündigung verdrängt sind. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß heute sehr zahlreiche Laubenkolonien auf städtischem Grund und Boden stehen, für den schon vor dem Kriege ein Bebauungsplan vorhanden war. Auch noch während des Krieges haben verschiedene Berliner Vorortgemeinden in guter Voraussicht preiswert Grundstücke, die dann zunächst als Laubenland verpachtet wurden, angekauft. Wenn es sich auch von selbst versteht, daß die Förderung des Wohnungsbaues in erster Linie diese Grundstücke heranziehen wird, so ist doch mit einer so schnellen und rücksichtslosen Bebauung, wie es befürchtet wird, schwerlich zu rechnen. Einzelne ganze Kolonien werden freilich in nicht zu ferner Zeit verschwinden müssen, da schließlich die Frage des Wohnungsbaues noch brennender ist als die Frage der Erhaltung von vielem Laubenland.

Reichswehroberst, Schutzpolizist und Bürger

Jeder Bürger hat seine Mitesser, aber nicht nur solche, die den Teint verderben, sondern auch solche in Menschengestalt. Sie sitzen mit ihm zu Tisch, ohne daß der Bürger sie sieht. Bei diesen Mitessern unterscheidet man Behelmte und Unbehelmte. Die Behelmten sind unserer Ansicht nach überflüssig und ganz besonders die Kategorie von Mitessern mit dem vielversprechenden Namen Reichswehr. Die einzige positive Arbeit, die die Reichswehr leistet, ist Wühlen im Sinne der Monarchie, Spalierbildung bei Kriegervereinsfestlichkeiten, Paraden vor abgetakelten Prinzen, Fürsten und anderen Kriegsverbrechern. Die Reichswehr wird gedrillt auf den „inneren Feind", zu dem die Juden gehören und ganz besonders jeder Republikaner. Mit Handgranaten im Gürtel, dem schußbereiten Gewehr auf der Schulter und einem Stahlhelm auf dem Kopfe bewachen die Soldaten leere Schilderhäuser, und die Offiziere, wenn sie nicht gerade im Kasino sind oder spazieren reiten, gehen vorüber und lassen sich grüßen. Beide, Offiziere und Soldaten, haben Langeweile und warten auf den großen Tag, wo sie mit Gott und für den König Menschenleben zerbrechen könnn — sie warten, gähnen und langweilen sich in dieser schönsten aller Republiken!

Die behelmten Mitesser werden von des Bürgers Steuergroschen gefuttert und gekleidet, nur um eine ständige Gefahr für die Republik zu bilden und ein Parasitendasein zu leben, getreu der Phrase: Nur Arbeit kann uns retten. Das Vergnügen kostet dem deutschen Bürger viele Milliarden Mark im Jahre, und weil wir ein Kulturvolk sind, läßt man zu gleicher Zeit Millionen von Mitbürgern hungern und verhungern. Die Ernährer dieser Parasiten, die Bürger, werden von diesen verachtet, vielleicht wegen ihrer Beschränktheit, weil sie in nicht zu überbietender Duffeligkeit diese Parasiten füttern und kleiden.

Vor einigen Wochen berichteten wir über einen Vorfall in der Königstraße. Ein Zivilist, im Militärjargon ein „Zivilschwein", war über den lang herumbaumelnden Säbel eines Reichswehrobersten gestolpert und hatte den Herrn Oberst ersucht, das Verkehrshindernis aus dem Wege zu räumen. Der Bürger erhielt von dem Oberst die kurze militärische Antwort, er solle weitergehen, denn er sei ja ein Jude. Der Zivilist kam auf den hahnebüchenen Gedanken, von einem Schupobeamten (Schupo heißt laut Lexikon Schutzpolizei = Schutz für den Bürger) zu verlangen, die Personalien des Beleidigers festzustellen. Zuerst weigerte sich der Schupobeamte, dem Wunsch nachzukommen, denn er könne doch unmöglich den Herrn Oberst feststellen. Als der Zivilist bei seiner Forderung beharrte, sammelte sich naturgemäß Publikum an. Der Schutzpolizist forderte nun den Zivilisten auf, mit zur Wache zu kommen, während der Herr Oberst in angemessener Entfernung hinterhertrippelte. Auf der Wache wurde dem Zivilisten allergnädigst Name und Adresse des Reichswehroffiziers mitgeteilt. Die Schupo hat aber ihre Existenzberechtigung und verdient ihren Namen mit Recht. Das ist uns seit dem Kapp-Putsch vollkommen klar. Sie beruhigte sich auch nicht mit der Feststellung der Adresse des Reichswehroffiziers, sondern — lieber Leser, setze dich und halte dich fest — der Zivilist erhielt ein polizeiliches Strafmandat über 300 Mark Geldstrafe, weil er einen Auflauf verursacht und das Publikum mit Redensarten belästigt habe. Publikum ist in diesem Falle der rüpelige, schnoddrige Reichswehroberst, über dessen Schleppsäbel der Zivilist gestolpert war. Das Vergehen des Zivilisten wird bestätigt durch das Zeugnis eines Oberwachtmeisters Butterbrodt.

Butterbrote sind eine sehr schöne Sache, aber Butterbrodte in Gestalt von Oberwachtmeistern, die einen flegelhaften Reichswehroberst nicht feststellen wollen, und nachher kraft ihres Amtes ein sehr anfechtbares Zeugnis ablegen, auf Grund dessen ein republikanischer Bürger bestraft wird, auf diese Sorte Butterbrodte können wir großmütigst verzichten. Für einen normalen Menschen ist der Urheber des Auflaufes der Oberst, und man muß schon den genialen Scharfblick und die Unparteilichkeit eines Oberwachtmeisters Butterbrodt haben, um etwas anderes festzustellen!

Heil der Schupo und ganz besonderes Heil dem Butterbrodt, und dreifaches Heil der Republik, in der Bürger, die sich die Frechheiten von Reichswehroffizieren und Antisemiten nicht gefallen lassen, durch ein Butterbrodtzeugnis bestraft werden!

Antisemitische Flegelei

Zu recht eigenartigen Auseinandersetzungen kam es im städtischen Etatsausschuß bei der Beratung des Gesundheits- und Krankenhauswesens. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Kirchner (Dntl.), erlaubte sich die Anfrage, ob das Gerücht stimme, daß man in Berliner Krankenhäusern nur dann als Arzt angestellt werden könne, wenn man Jude oder Sozialist sei. Später betonte er, die Bevölkerung wünsche, daß sie nicht nur von jüdischen Aerzten bedient werde; sie wünsche auch deutsche Aerzte. Der würdige Herr Geheimrat pflegt gelegentlich in der Polemik, ganz besonders den sehr minderwertigen sozialistischen Magistrat darauf hinzuweisen (sehr überflüssigerweise, wie wir meinen), daß er eine „weit über Deutschlands Grenzen hinaus anerkannte internationale Autorität" sei, die natürlich alles besser versteht als Juden und Sozialisten. Wir wollen über diese feine Autorität nicht streiten, auch über Geschmack nicht. Daß aber solche Herren, wenn sie mit der Leitung des wichtigsten Ausschusses einer 4-Millionen-Gemeinde betraut sind, von dieser Stelle sich antisemitische Flegeleien erlauben — und anders kann man es doch wohl nicht bezeichnen, wenn den Juden die Bezeichnung als Deutsche abgesprochen wird —, das wollen wir hier nur festnageln. Das ist auch ein Zeichen von unserer Zeiten Schande. Wir werden uns das merken, wenn von dieser Seite wieder die von Zeit zu Zeit fälligen Bemerkungen über den „Verfall der Sitten" und über „die Schlechtigkeit der Zeit" ertönen werden.

Keine Wasserabsperrung

Früher hatte die Verwaltung der Wasserwerke mehrmals, wenn die Hausbesitzer den Wasserzins nicht bezahlt hatten, den betreffenden Häusern das Wasser gesperrt. Die Leidtragenden waren immer die ganz unschuldigen Mieter gewesen und die hygienischen Folgen waren derartige gewesen, daß der Magistrat genötigt gewesen war, durch einen Beschluß die Wassersperrung zu verhindern. Da der zuständige Magistratsdezernent im städtischen Etatsausschuß durchblicken ließ, daß er für Wiederaufhebung des Beschlusses sei, beschloß der Etatsausschuß ausdrücklich mit erheblicher Mehrheit, daß es bei dem Verbot der Wasserabsperrung zu verbleiben hat. Es wird auch Sache der Mieter sein, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß streng innegehalten wird.

Stadtverordnetenfraktion

Fraktionssitzung heute nachmittag 4 Uhr auf Zimmer 109. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Die Kartoffelpreise alter Ernte. Der beim Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und Berlins eingesetzte Ausschuß zur Ermittlung von angemessenen Kartoffelpreisen für die Provinz Brandenburg hat in seiner gestrigen Sitzung für Speisekartoffeln alter Ernte einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) von 100 bis 110 M. je Zentner ab Erzeugerstation festgesetzt.

Im Universum-Landesausstellungs-Park am Lehrter Bahnhof sind die Arbeiten soweit gediehen, daß mit der Eröffnung des Vergnügungsparks bestimmt am 1. Juli 1922 gerechnet werden darf.

Gegen die Ausscheidung der sog. Bemittelten aus der Brotversorgung hat sich der Magistrat Berlin in einer Eingabe an die Reichsbehörde gewandt. Die Eingabe weist darauf hin, daß nur ein geriner Prozentsatz der Bevölkerun für das Ausscheiden in Betracht käme und daß die Belastung mit neuer bürokratischer Arbeit die Ersparnisse nicht wettmachen würde. Wir möchten wünschen, daß der Magistrat entsprechend einem mit großer Mehrheit im Etatsausschuß angenommenen Antrag unserer Fraktion seinen ganzen Einfluß für die Aufrechterhaltung der Getreideumlage in die Wagschale wirft. Auch scheint es uns sehr nötig zu sein, die etwas zweifelhafte Haltung der Stadtrats Dr. Richter (Dntl.) in Ernährungsfraen vom Magistrat aus genau zu verfolgen. Die Ernährung der Vier-Millionen-Bevölkerung Berlins darf auf keinen Fall durch agrarierfreundliche Neigungen eines deutschnationalen Stadtrats gefährdet werden.

Sonnenwendfeier der Arbeiter-Wanderer. In einer Zeit, in der die Konterrevolution nicht nur die militärischen Verbände (Reichswehr, Organisation Stahlhelm Kriegervereine), sondern auch die bürgerlichen Sportvereine Generalproben abhalten läßt, ist es notwendig, daß auch die Veranstaltungen der proletarischen Sport- und Kulturorganisationen in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes gestellt werden. Jede Veranstaltung muß uns aufrüttelndes Erlebnis und Bekenntnis zur Hingabe des ganzen Menschen an die Sache des Proletariats sein. In diesem Sinne feiert auch in diesem Jahre, in der Nacht vom 24. zum 25. Juni, der Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde" in Torrows Idyll am Teupitz-See seine Sonnenwende. Weiten Kreisen der Arbeiterschaft ist diese Veranstaltung aus früheren Jahren wegen ihres proletarisch-kulturellen und künstlerischen Charakters bekannt. Um diesen die Teilnahme zu ermöglichen fahren wieder Extrazüge von Königswusterhausen nach Töpchin am Sonnabendabend, den 24. Juni, 5 Uhr, 7.30 Uhr und 10 Uhr und zurück am Sonntag, abends 5 Uhr und 7.45 Uhr. Ermäßigter Fahrpreis 6 Mk. Eintritt und Festschrift 3 Mk. Karten und Festschriften sind in folgenden Geschäften zu haben: Volksbuchhandlung, Cöpenicker Straße 68, Arbeiterbuchhandlung Annenstraße 1, Gerich, Engelufer 15, Behring, Tilsiter Str. 28, F. Frenzel, Turiner Straße 15, Robert Nemsch, Swinemünder Straße 50, Fritz Kruse, Mariannenstraße 11. Schöneberg: Buchhandlung Doerwald, Bahnstraße, Ecke Kolonnenstraße. Steglitz: Artur Pieck, Schadenrute 2, 3 Tr. Neukölln: W. Schmidt, Elsterstraße 5. Weltpanorama Kaiser-Friedrich-Straße 10. „Freiheit"-Buchhandlung, Emser Str. 30. Moabit: Petermann, Havelberger Straße 15.

Der Frauenmörder Großmann. In der Strafsache gegen den des mehrfachen Mordes beschuldigten Großmann ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts I auf den 1. Juli und folgende Tage angesetzt worden. Aus der Fülle der Verdachtsmomente, die in zahlreichen Fällen, in denen bei dem Angeklagten tätig gewesenen Wirtschafterinnen verschwunden sind, gegen den Angeklagten vorlagen und in der Voruntersuchung aufs eingehendste geprüft worden sind, sind drei Fälle übriggeblieben, die nun zur Mordanklage geführt haben. Der Angeklagte hat schon 28 schwere Vorstrafen, zum Teil wegen schwerer Gewalttaten auf sexuellem Gebiete, erlitten, darunter 15 Jahre Zuchthaus wegen Vergewaltigung eines kleinen Mädchens, in deren Folge das Mädchen gestorben ist. Zu der Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, sind außer 48 Zeugen mehrere medizinische Sachverständige geladen, die sich über die geistige Beschaffenheit des Angeklagten zu äußern haben werden. Es wird behauptet, daß zwei Brüder des Angeklagten in Irrenanstalten gestorben, eine Schwester geistig nicht normal und der Vater ein Trinker gewesen sei. Die Gerichtsärzte Prof. Dr. Strauch und Medizinalrat Dr. Störmer haben begutachtet, daß der Angeklagte nicht unter § 51 des StGB. falle, die Verteidigung beantragt, noch den Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und den Nervenarzt Dr. Kronfeld als Sachverständige zu hören. Den Vorsitz im Gerichtshofe wird Landgerichtsdirektor Jeep führen, die Anklage wird Staatsanwalts-Rat Dr. Hayner vertreten, die Verteidigung führen R.-A. Dr. Frey, Dr. Beerwald und Dr. Mendel. — Die Oeffentlichkeit soll während der Dauer der Verhandlung ausgeschlossen werden.

Die geprellten Spielfreunde. Eine sensationelle Wendung im Köhn-Konzern-Konkurs. Einen stürmischen Abschluß nahm ein gestern stattgefundener Prüfungstermin in Sachen des Köhn-Konkurses. Von den angemeldeten 50 000 Einlegerforderungen sind bisher trotz monatelanger Arbeit erst ganze 30 geprüft worden. Während der Konkursverwalter Schubert bisher stets den Standpunkt vertreten hatte, daß er die angemeldeten Einlegerforderungen als zu Recht bestehend anerkenne, erklärte er jetzt, daß er auf Grund der ausführlichen juristisch und tatsächlich begründeten Anträge der Rechtsanwälte Georg Tarnowski und Dr. Pindar als Vertreter Köhns, zu der Ansicht gekommen sei, daß die aus Wetteinlagen herrührenden Forderungen nicht anerkannt werden können. Diese Erklärung rief unter den anwesenden Vertretern des Gläubigerausschusses riesige Aufregung hervor, die noch dadurch verstärkt wurde, daß Rechtsanwalt Dr. Fritz Kalischer als Vertreter Köhns erklärte, daß die Prüfung der 50 000 Forderungen, an der bisherigen Zeitdauer gemessen, allein etwa 264 Jahre dauern würde, so daß nicht nur für die Mitglieder des Gläubigerausschusses, sondern auch für deren Kindeskinder gesorgt sei. — Für die 50 000 spiellustigen Leidtragenden wird es sich nun fragen, ob sie, da der Konkursverwalter ihre Forderungen nicht mehr anerkennt, den Weg der Zivilklage beschreiten wollen. In diesem Falle müßte das Gerichtsgebäude in der Neuen Friedrichstraße rechtzeitig baulich erweitert werden.

Das nächste städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am Freitag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10—11, unter Leitung von Camillo Hildebrandt statt. Programm: Wagner-Abend.

Gewerkschaftliches

Nur Arbeit kann uns retten

Bis zum Erbrechen fast wird tagtäglich das Schlagwort hinausposaunt, daß nur Arbeit Deutschland retten und es wirtschaftlich zu heben vermag. Auch die Repräsentanten des Staates richten nur eifrig diesen Ausspruch an die Adresse der Arbeiterschaft. Man müßte also annehmen, daß mindestens alle staatlichen Institutionen, zu der auch die deutsche Justiz zählt, alles Menschenmögliche tun, um dieser Forderung zum Durchbruch zu verhelfen. Eine drastisches Kapitel aber, wie deutsche Gerichte welt- und wirklichkeitsfremd amtieren, zeigt der folgende Fall: In Berlin in der Prenzlauer Allee 36 fabriziert eine Apparatefirma „Adria" ganz bestimmte Fabrikate. Eine Mietsstreitigkeit zwischen Hauseigentümer und dem Unternehmen, das ca. 40 Arbeiter beschäftigt, wurde vor den Gerichten ausgetragen, die das salomonische Urteil fällten, die Fabrikationsräume seien sofort zu räumen. Der Firma wurde gleich der Gerichtsvollzieher ins Haus gesandt, um das Urteil zu vollstrecken. —

Nicht nur, daß hier 40 Arbeiter urplötzlich auf die Straße geworfen werden, nein, durch die Unterbrechung der Fabrikation, deren Produkte (Vergaser) für ein Motorenwerk in Zschopau im Erzgebirge geliefert werden, wird auch der dortige Betrieb von 700 Arbeitern zur Betriebseinstellung gezwungen. Die betreffende Firma in Zschopau richtete auch am 16. Juni an den Demobilmachungskommissar in Berlin ein Schreiben, in dem hingewiesen wird, daß sie gezwungen werde, falls die Berliner Firma dem gerichtlichen Urteil nachkommen müßte, ihre Belegschaft wirtschaftlich zu schädigen und den Betrieb einzustellen. Es wurde daher gebeten, der Berliner Firma die zu ihrer Fabrikation nötigen Räume zur Verfügung zu stellen und sie darin zu belassen.

Die Gesamtbelegschaft protestierte gegen das gerichtliche Verfahren. Wir wissen nicht, ob der Demobilmachungskommissar in dieser Angelegenheit eingegriffen hat. Wir wollen es aber annehmen. Unsere famose Justiz aber urteilt schematisch nach den Buchstaben des Gesetzes und demonstriert nur zu deutlich, wie durch „Arbeit der Justiz" Deutschland gerettet werden kann.

Wir empfehlen dem rechtssozialistischen Justizminister Dr. Radbruch, sich dieses Falles anzunehmen, das Nötige zu veranlassen und den Gerichtsbeschluß aufzuheben.

Zentrale Lohnverhandlungen im Bergbau

Im Anschluß an die Lohnverhandlungen für den Ruhrbergbau haben am vergangenen Sonnabend die Lohnverhandlungen für die übrigen Steinkohlen- und die Braunkohlenreviere im Reichsarbeitsministerium stattgefunden. In der Mehrzahl der Fälle verständigten sich die Parteien unter einander. Wo eine Verständigung nicht möglich war, wurden die Lohnforderungen besonderen Schlichtungsausschüssen unterbreitet, die Schiedssprüche fällten, über deren Annahme sich die Parteien bis zum 29. Juni zu erklären haben. Die Regelung lehnt sich für die Steinkohlenreviere an die für das Ruhrgebiet vorgesehene an; für die Braunkohlengebiete war eine Sonderregelung erforderlich.

Verhandlungen in der Metallindustrie

Gestern abend fand eine Funktionärversammlung derjenigen Metallarbeiter statt, die in den Betrieben des Verbandes der Berliner Metallindustriellen beschäftigt sind. Die 3000 Mann starke Versammlung beschloß, in Verhandlungen mit den VBMI. zu treten. Durch die Annahme dieser Verhandlungsmöglichkeit wird den Arbeitern in den Betrieben die zehnprozentige Lohnerhöhung für die Zeit vom 5. bis 26. Juni noch gezahlt, ab 26. Juni dürften dann neue Lohnsätze in Kraft treten. Wir kommen in einem noch folgenden Bericht auf die Verhandlungen zurück.

Verbandstag der Schuhmacher

(Fortsetzung des Berichts.)

Ueber das Thema „Die Sozialpolitik im neuen Deutschland" referierte Genosse Simons, der folgendes ausführte:

Die große Anzahl der den gesetzgebenden Körperschaften vorliegenden sozialpolitischen Gesetzentwürfe zeugen in ihrem arbeiterfeindlichen Inhalte von dem wachsenden Einfluß der Unternehmer. Dazu kommt, wie beim Betriebsrätegesetz, das Bestreben, die Gesetze im Sinne der Kapitalisten zu drehen und zu deuteln.

Die Schlichtungsordnung verfolgt offensichtlich den Zweck, die erstarkten Gewerkschaften in ihrer Aktion zu lähmen. Als die Gewerkschaften schwach waren, wollte man von einer Schlichtungsordnung nichts wissen. Trotz der wiederholten Ablehnung durch den ADGB. hält die Regierung den Entwurf aufrecht und kümmert sich nicht um den

einmütigen Willen der Arbeiterschaft.

Eine derartige Nichtbeachtung wagt die Regierung gegenüber den Unternehmern nicht. Regierung und bürgerliche Mehrheit des Reichstags sind stets bereit, den Artikel 157 der Reichsverfassung, der den besonderen Schutz der Arbeitskraft ausspricht, in sein Gegenteil zu verkehren. Durch die kautschukartige Fassung fast aller Bestimmungen will man der Verwaltungsbürokratie die unumschränkte Macht der Auslegung geben, so z. B. soll die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches nur dann zulässig sein, wenn seine Durchführung zum Schutze des allgemeinen Wirtschaftslebens erforderlich ist. Diese Bestimmung wird von der Bürokratie weidlich zugunsten der Unternehmer ausgenutzt werden. Nach dem Entwurf des Arbeitstarifgesetzes sollen für Vertragsverletzungen Geldbußen bis 500 000 M. eingeführt werden. Wir sind für die gesetzliche Regelung des Schlichtungswesens, wir sind gegen wilde Streiks, aber eine derartige Knebelung der Arbeiterorganisationen wie sie mit diesen Gesetzen beabsichtigt wird, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir fordern vom ADGB., die Arbeiter zum schärfsten Widerstand gegen dieses Polizeigesetz aufzurufen.

Unter dem Vorwande, die Produktion müsse erhöht werden, laufen die Unternehmer seit langem Sturm gegen den Achtstundentag. Die Unternehmer wollen nicht mehr produzieren, wie auch wir es für notwendig halten, sondern sie wollen die Ausbeutung, gegen die der Achtstundentag ein Damm ist, steigern, statt, wie es wirklich zur Erhöhung der Produktion notwendig wäre, die technischen Verbesserungen durchzuführen. Der Redner wendet sich heftig gegen die Treibereien der Kaliski, Cohen und Lindemann gegen den Achtstundentag, die die ganzen **Lasten aus dem verlorenen Krieg auf die Arbeiter abwälzen** wollen. Das hieße die große arbeitende Masse zugunsten einer ausbeuterischen Minderheit opfern, und das furchtbare Elend, in dem heute weite Schichten der Bevölkerung dahinleben, noch steigern. Entsetzlich ist die Lage der Proletarier, die im Kriege und auf dem Schlachtfelde der Arbeit geopfert worden sind. Und diese Sorte von Sozialisten weiß nichts Besseres, als sich schützend vor die Profite der Unternehmer zu stellen, indem sie ihnen erhöhte Ausbeutungsmöglichkeiten verschaffen wollen. (Lebhafter Beifall). Das Referat wurde ohne Debatte entgegengenommen.

Lohnbewegung der Berliner Viehtreiber

Kaum ist der Streik der Engros-Schlächtergesellen beendet, so wird durch den Machtdünkel einer anderen Gruppe Arbeitgeber der Viehkommissionäre, ein neuer Wirtschaftskampf heraufbeschworen. Das Lohnabkommen der Treiber lief bereits am 9. Juni ab und bis heute hat noch keine Neuregelung der Löhne stattgefunden. Mit ganz durchsichtigen Mitteln wurde bei den Verhandlungen von seiten der Kommissionäre gearbeitet. So konnte auf der Stelle nachgewiesen werden, daß eine Firma anstatt eines Defizits von 3000 M. einen **Ueberschuß von 70 000 M. aus den Treibergeldern hatte.**

Zum besseren Verständnis sei in kurzen Zügen auf die Einkommensverhältnisse hingewiesen. Jeder Viehhändler, der Vieh irgendwelcher Art nach Berlin bringt, zahlt im voraus an die Genossenschaft der Kommissionäre ein sogenanntes Treibergeld. Dieses beträgt zum Beispiel für Rinder 25 M., für Schweine 10 M. pro Stück und ist für die Entlohnung der Treiber bestimmt. Außerdem erhalten die Kommissionäre 1½% Provision. Bei den Mengen von Vieh und den hohen Preisen sind dies außerordentlich hohe Summen, welche in die Taschen der Kommissionäre fließen. Im Durchschnitt haben die 42 Firmen an jedem der beiden Markttage in der Woche eine Einnahme aus Provision von 100 000 M. Im Durchschnitt erzielt die einzelne Firma also pro Woche 47 850 M. Nach Abzug der Gehälter für je einen, höchstens aber drei Buchhalter und der Geschäftsunkosten verbleibt jeder Firma im Duchschnitt ein Reinverdienst von rund 30 000 M. pro Woche. Also eine annehmbare Verzinsung des Kapitals.

Was verlangen aber nunmehr die Treiber, welche die beschwerliche und gefährliche Arbeit des Viehaus- und Einladens und Transportes in Wind und Wetter zu verrichten haben? Der bisherige Lohn war 1000 M. pro Woche. Die Lohnforderung beträgt 1500 M. und wurde von den Arbeitgebern rundweg abgelehnt. Gegen die Zahlung eines zeitgemäßen Lohnes sträuben sich die Herren, die Millionen Einkommen im Jahre haben.

Da keine Aussicht auf Verständigung mehr vorhanden war, legten gestern morgen sämtliche Treiber die Arbeit nieder und werden für ihre Existenz zu kämpfen wissen.

Bei Redaktionsschluß wird uns mitgeteilt, daß der Streik beendet ist.

Streik in der Stralauer Glashütte!

Nachdem die zentralen Lohnverhandlungen am 15. Juni durch das minimale Zugeständnis von 15 bzw. 20% gescheitert waren, stellte die Arbeiterschaft der Stralauer Glasfabrik am Montag, dem 19. Juni 1922 örtlich ihre Forderungen der Betriebsleitung zu. Die Forderung beträgt 40%. Man sollte nun der Meinung sein, daß wenn ein Stundenlohn von 24 M. einschließlich Familienbeihilfe bei Akkord und anstrengender Feuerarbeit erzielt wird, diese Forderung den heutigen Verhältnissen entsprechend nicht als unberechtigt bezeichnet werden kann. Auch den Hilfsarbeitern, die bis in der letzten Zeit einen Höchststundenlohn von 13 M. hatten und jetzt nach dem gemischten Tarif entlohnt wurden, will man auch dies Zugeständnis wieder entziehen und sie willkürlich entlohnen.

Nachdem der Arbeiterrat mit der Betriebsleitung verhandelt hatte, und das Zugeständnis von 10% der Belegschaft bekannt gab, wirkte dies nur als wie eine blutige Provokation. Die Arbeiterschaft verließ hierauf einmütig den Betrieb und ist gewillt für ihre gestellten Forderungen im Kampfe zu verharren.

Zum Streik im Malergewerbe

Nachdem die Maler in der Dienstagmittag-Versammlung den Streik beschlossen haben, sind sie am Mittwoch mit seltener Einmütigkeit diesem Beschluß gefolgt. Der Streik betrifft allerdings nur Bau- und Stubenmaler. Maler, die beim Film beschäftigt sind, ferner Theater und Bühnenmaler, Maler in Waren- und Kaufhäusern, Küchenmöbel- und sonstigen Möbelfabriken, in der Karosserie- und Geldschrankbranche sowie in allen Betrieben, die dem Kollektivvertrag in der Metallindustrie unterstehen, werden davon nicht berührt. Außerdem ist die Arbeitserlaubnis erteilt im sozialistischen Baubetriebe (Malereigenossenschaft), jedoch unter der Bedingung, daß jede Zunahme der Arbeit der Nachprüfung des Verbandsvorstandes unterliegt. Die Maler in den vorhergenannten Betrieben dürfen selbstverständlich Baumalerarbeiten über ihren bisherigen Umfang hinaus nicht ausführen. Um Zwistigkeiten darüber zu vermeiden, werden Legitimationen von der Streikleitung herausgegeben.

Wir bitten alle Bauhandwerker sowie die gesamte Arbeiterschaft, uns in diesem Kampf, der erschwert wird, weil wir nur mit sehr kleinen Betrieben zu rechnen haben, durch Solidaritätsbezeugungen zu unterstützen.

Die Juni- und Juli-Lohnsätze für Kellereiarbeiter. Für die in den Weingroßhandlungen sowie Likörbetrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Kutscher und Kraftwagenführer, welche im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisiert sind, wurden mit Rücksicht auf die Verhältnisse neue Lohnforderungen gestellt. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, zur Entscheidung angerufen, gestand im Durchschnitt 235 M. pro Woche für Männer und 180 M. für Frauen zu. Gleichzeitig wurde angeregt, auch für den Monat Juni die Lohnsätze zu regeln, was auch geschehen ist. Für Juli wurden weitere 150 M. für Männer und 115 M. für Frauen zugestanden. In einer Abstimmung wurden die neuen Vereinbarungen mit großer Majorität angenommen. Gedruckte Exemplare sind im Verbandsbüro, Engelufer 24/25, Zimmer Nr. 38, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, außerordentliche Generalversammlung. Das Erscheinen aller Delegierten ist dringend notwendig. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte dienen als Ausweis.

Kabelwerk Oberspree. Fraktionssitzung aller in der USPD. organisierten Kollegen und Kolleginnen am Freitag, dem 23. Juni, nachmittags 3,30 Uhr, bei Klose, Oberschöneweide, Rathenowstr., Ecke Luisenstr.

Steinarbeiter. Der Streik der Steinmetze (Baubranche) ist am 20. Juni mit Erfolg beendet. Die Arbeit wird am 21. Juni geschlossen wieder aufgenommen und beträgt von da ab der Stundenlohn für Steinmetze 36 M., für Hilfsarbeiter bei einer Beschäftigungsdauer im Beruf bis zu sechs Monaten 26 M., über sechs Monaten 31 M. Die Streikleitung. — Die Ortsverwaltung.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin—Brandenburg.

Am Freitag, dem 23. Juni, abends 7 Uhr, findet eine Zentralvorstandssitzung in der Arbeiterbildungsschule Breite Straße 8/9 statt.

Kartell für Volksbildung, Sport und Körperpflege, 16. Bezirk. (Köpenick.) Der Reichs-Arbeiter-Sporttag ist auf Sonntag, den 25. Juni 1922 verlegt worden. Die Vereine von Schöneiche, Friedrichshagen, Bohnsdorf, Grünau, Köpenick, treffen sich mittags ½1 Uhr in Festzugsordnung und Sportkleidung auf dem Wilhelmsplatz in Köpenick. 2 Uhr Beginn der sportlichen Wettkämpfe auf dem Eiche-Sportplatz in Köpenick.

Freitag, den 23. Juni.

5. **Verwaltungsbezirk, Männerchor der USP.** Abends 8 Uhr, Uebungsstunde in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstraße 36a. Sangesfreudige und -kundige Genossen willkommen.

9. **Distrikt.** Mitte. Abends 7 Uhr, bei Damß, Schlegelstraße 9, Vorstandssitzung. Wichtige Tagesordnung.

8. **Distrikt.** 7 Uhr Sitzung der gesamten Funktionäre und der Ordner zum Sommerfest bei Abraham, Ruderufer 10.

9. **Distrikt.** Abends 7 Uhr, Vorstandssitzung bei Kroll, Utrechter Str. 31.

Berliner Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Sitzung Lindenstr. 3, abends 6 Uhr, im Jugendheim. Die Ausschußmitglieder und Distriktsleiterinnen der Kinderschulkommission werden gebeten, teilzunehmen.

Neukölln-Drig. Sitzung der Bezirksführer, Geschäftsleitung, Fraktion und bisherigen Mietseinigungsamtbeisitzer im Rathaus, Sitzungszimmer 2.

Charlottenburg. Abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission im Rathaus, Zimmer 2. Vortrag über Berufsberatung. Eingeladen werden die Bürgerdeputierten, Bezirksverordnete und alle interessierten Genossen.

Steglitz. Abends 8 Uhr Sitzung der Kommission zur Durchführung des Waldfestes bei Martin, Fichtestraße, Ecke Fortstraße. — Die dazu gewählten Genossen aus den Bezirken, der Bildungsausschuß und die Geschäftsleitung nehmen daran teil.

Lichterfelde. Sitzung der Bezirksführer bei Fleischer, Bäkestraße 7 (Material-Verteilung).

Treptow. Baumschulenweg. Bildungsausschuß. Zehnte Vorführung wissenschaftlicher Filme in der Treptow-Sternwarte. 3 Uhr: Kindervorstellung 1,— Mk.; 6 Uhr: 4,— Mk.; 8 Uhr: 5,— Mk. — Karten an der Kasse.

Sonnabend, den 24. Juni.

2. **Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt. Lichten.** Sonnenwendfeier in Nickelsdorf beim alten Freund. Die Parteigenossen treffen sich abends ½9 Uhr, Hochbahnhof Bülowstraße. Abfahrt Punkt 9 Uhr.

Vereinskalender

Freitag, den 23. Juni.

Alt-Funktionäre der Textilindustrie! Abends 8 Uhr im „Apollo-Saal" der „Neuen Philharmonie", Berlin, Köpenicker Straße 97 und 98, Versammlung.

Deutscher Hutarbeiter-Verband. Abends 5½ Uhr in den Truckfällen „Alt-Berlin" Versammlung aller in den Damenhut- und Umpreßbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Bericht über die Lohnverhandlungen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche 2, Gruppe: Verbandstoffe, Oele und Fette sowie Chemischer Großhandel. Abends 7 Uhr, in Stiftes Festsälen, Sebastianstraße 30, Gruppenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die vor dem Schlichtungsausschuß gepflogenen Lohnverhandlungen der drei Gruppen. — Bretterträger, Platzarbeiter und Kutscher aus den Holzhandlungen Groß-Berlins, abends 7 Uhr in den Reichens-Festsälen, Landsberger Straße 31, Vollversammlung. Um pünktliches Erscheinen ersucht die Branchenleitung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt zu diesen Versammlungen.

Kartell für Volksbildung, Sport und Körperpflege. Mandolinen- und Gitarrespieler von Köpenick, 16. Bezirke, welche gewillt sind, einen Arbeiter-Mandolinenverein zu bilden, werden gebeten, abends ½8 Uhr bei Carl Bewart, Rudower Straße 28, zu erscheinen. Das Sportkartell.

Sonnabend, den 24. Juni.

Der Verein der Naturfreunde von Baumwerder veranstaltet am kommenden Sonntag, den 24. Juni, im Restaurant „Blumenhof" in Saarwinkel (Tegeler See) seine Besprechung abends 9 Uhr. — Wir erwarten vollständiges Erscheinen aller Mitglieder.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rauch, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komertner, Berlin. — Verlags-Genossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gebring & Reimers, G. m. b. H., Berlin SW. 68, Ritterstraße 75

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

55

Rote Thür. Kirschen ..... Pfund 4.80
Gefrorene Kaninchen Pfund 13.00
Rotwurst ..... Pfund 39.50
Landleberwurst ..... Pfund 43.00
Bauernmettwurst grobe Pfd. 53.00
Gem. Marmelade .. Pfund 9.80
Salat ..... Kopf von 25 Pf. an
Schlangengurken Stück v. 8.50 an
Möhren ..... Bund 4.00
Kaffee-Ers.-Misch. 10½ Bohnen Pfd. 19.50

Leipziger Straße Fleisch Alexanderplatz
Kalbsrücken frisch ..... Pfund 28.00
Kalbskeulen frisch ..... Pfund 34.00
Gehacktes frisch ..... Pfund 42.00
Rinderquerrippe fett, gefror. Pfd. 30.00
Rinderkamm gefroren, Pfund 32.00
Rindfleisch ohne Knochen, gefroren ..... Pfund 38.00
Hammelfleisch fettes, gefroren, Pfund 28.00
Schweinenieren gefroren Pfund 11.00

Frischer Kohlrabi ..... Mandel 13.50
Flundern Ahlbecker, geräuchert ... Pfund 13.50
Grüne Bohnen Pfd. 12.50
Zwiebeln weiße ..... Pfund 1.40
Grüne Scholen ..... Pfund 8.50
Reis m. Tomaten 2-Pfd. Dose 14.50
Rehkochfleisch Pfd 19.50
Rehblätter ..... Pfund 39.50
Grüne Heringe ..... Pfund 10.00
Camembert Vollfett Schachl. 13.50

Rackies Export-Apfelwein ..... 1/1 Flasche 12.50
Johannisbeerwein ..... 1/1 Flasche 25.00
1920er Oberh. Maikammerer .... 1/1 Flasche 20.00
1918er Maximiner Neuwieser ... 1/1 Flasche 37.50
exkl. Steuer und Flasche

Feiner Portorico-Tabak mild und bekömmlich ..... Paket 500 g 39.50
Himbeer-, Johannisbeer- und Kirschsaft mit Raffinade eingekocht ..... 1/2 Flasche 35.00 1/1 Flasche 62.50
Feinster Maryland-Tabak feines, mildes Aroma ..... Paket 250 g 26.00
exkl. Steuer und Flasche